

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Zeit" und "Der Jugend-Gemisch". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 28.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänisch, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die bezugsfreie Nonpareil-Leserliste oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Bernsprecher Zentrum 152 30—152 30

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Proletarier, heraus zur Demonstration!

Proletarier Berlins! Die Exekutiven der drei Internationalen in London, Wien und Moskau haben auf der gemeinsamen Konferenz in Berlin am 6. April in einer einmütigen Erklärung aufgefodert:

„Gegenüber dem Aufmarsch des internationalen imperialistischen Kapitalismus den gemeinsamen Willen des internationalen Klassenbewussten Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massendemonstration zum Ausdruck zu bringen.“

Es ist wahrlich an der Zeit, daß die internationale Einheitsfront des Proletariats hergestellt wird. Denn in allen Ländern hat es die besitzende Klasse sehr gut verstanden, die Lasten des Krieges von sich abzuwälzen und auf die Schultern des Proletariats zu legen. Millionen von Arbeitskräften sind durch die Wirtschaftskrise der Produktion entzogen. Gleichzeitig kämpfen überall die Unternehmern gegen den Achtstundentag. Wohnungsnot, Unterernährung, Krankheit, Elend, Teuerung steigen immer höher. Das Kapital fühlt sich stark, weil das Proletariat, nuceinig und zerrissen, zaudert, die unvermeidliche Abwehraktion zu beginnen.

Die internationale Berliner Konferenz hat deshalb gemeinsame Aktionen für den 20. April und den 1. Mai in Vorschlag gebracht. Der erste dieser Demonstrationstage sieht vor der Tür.

In Berlin findet

### am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr

eine

### Massendemonstration im Lustgarten

statt, zu der wir das gesamte Berliner Proletariat ohne Unterschied der Partei auffordern. Alle Parteidifferenzen sind bei der Durchführung dieser Demonstration auszuscheiden. Als Redner werden die von allen drei sozialistischen Parteirichtungen auf der Internationalen Konferenz in Berlin gemeinsam aufgestellten Forderungen propagieren:

**Für den Achtstundentag!**

**Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird!**

**Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive!**

**Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjetrußland!**

**Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!**

Proletarier Berlins! Erscheint in Massen! Stellt alle kleinlichen Parteibedenken zurück. Ueberwindet den Parteihader! Tretet an zu einheitlicher Aktion! Macht den Anfang mit der proletarischen Einheitsfront!

### Heraus zur Demonstration!

#### Bere'nbarung:

Die Demonstration wird gemeinsam von der USP. und der SPD. veranstaltet. Sie findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Lustgarten statt.

Der Aufmarsch erfolgt von den einzelnen Fabriken und Werkstätten aus, sowie auch von den von den Parteien bezeichneten Plätzen. Fahnen und Banner sind mitzubringen! Bei den Demonstrationen müssen genügend Ordner sein und alle Teilnehmer haben sich den Anordnungen zu fügen.

Jede Partei stellt sechs Redner, die mit einem Ausweis versehen sind. Die Redner sprechen an den ihnen von den Parteien zugewiesenen Plätzen, die durch Schilder kenntlich gemacht sind.

Anfang und Ende der Demonstration wird durch Trompetensignal bekanntgegeben.

Die Züge haben die Bannmeile zu beachten.

Redner der USP. sind: Dittmann, Künstler, Meier, Moses, Rosenfeld, Zubeil

Redner der SPD. sind: Gelske, Ruth Fischer, Pieck, Rosenberg, Thiede, Rosi Wolfstein

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezirk Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands

#### Abmarschplätze:

1. Verwaltungsbez.: Mollkenmarkt, Abmarsch 4 1/2 Uhr.
2. Verw.-Bez.: Al. Tiergarten, Abmarsch 4 Uhr.
3. Verw.-Bez.: Weddingplatz, Abmarsch 4 Uhr.
4. Verw.-Bez.: Falkplatz u. Bülowplatz, Abm. 4 Uhr.
5. Verw.-Bez.: Kottbusplatz, Abmarsch 4 Uhr.
6. Verw.-Bez.: Rottbuscher Tor, Abmarsch 4 Uhr.
7. Verw.-Bez.: Am Anie, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
8. Verw.-Bez.: Barbarossaplatz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
9. Verw.-Bez.: Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
10. Verw.-Bez.: Steglitz, Am Rathaus, Abmarsch 3 Uhr.
11. Verw.-Bez.: Tempelhof, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
12. Verw.-Bez.: Neukölln, Hermannplatz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
13. Verw.-Bez.: Spreewaldplatz am Görliger Bahnhof, Abmarsch 4 Uhr.
14. Verw.-Bez.: Frankfurter Allee, Mittelpromenade an der Kronprinzenstr., Abmarsch 4 Uhr.
15. Verw.-Bez.: Weißensee, Antonplatz, Abm. 3 1/2 Uhr.
16. Verw.-Bez.: Panlow, Rathaus, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
17. Verw.-Bez.: Treffpunkt Weddingplatz, Abm. 4 Uhr.

#### Einig — im revolutionären Sozialismus!

Von Artur Crispian.

Der Sozialismus hat noch keine internationale Organisation.

Das Bestehen der beiden Gruppen, die sich II. und III. Internationale nennen, macht das anschaulich genug. Denn solange mehrere Internationales nebeneinander bestehen, gibt es keine Internationale. Die Internationale wird die Welt befreien!

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hat sich nie Internationale genannt. Sie wollte nie etwas anderes sein, als ein Zentrum zur Sammlung aller sozialistischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Ueberwindung des Kapitalismus zum Ziel haben; sie will ein Mittel sein zur Schaffung der proletarischen Internationale.

Obgleich die Internationale Arbeitsgemeinschaft erst ein gutes Jahr besteht, hat sie doch schon beachtenswerte Erfolge auf dem Gebiet der sozialistischen Klärung, Annäherung und Sammlung zu verzeichnen. Immer deutlicher tritt es in die Erscheinung, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft auf dem richtigen Weg ist, daß sie verheißungsvolle Vorarbeit für das Zustandekommen der proletarischen Internationale leistet.

Wären sich die Führer der sogenannten Internationalen 2 und 3 klar gewesen über die geschichtlichen Pflichten und Aufgaben, die gegenwärtig von den Sozialisten zu erfüllen sind, hätten sie die aktuellen Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes begriffen, könnten sie, großzügig genug, ihre engen nationalen und parteigegensätzlichen Auffassungen und Agitationsbedürfnisse den allgemeinen Lebensinteressen der Menschheit unterordnen, dann wäre der Kapitalistische Weltkonferenz von Genua eine sozialistische entgegengesetzt worden.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft hat sich darum bemüht. Es kam aber zunächst nur zu einer gemeinsamen Sitzung der drei internationalen sozialistischen Exekutiven. Das ist einweilen weniger als die Internationale Arbeitsgemeinschaft erstrebte. Es ist aber schon mehr, als andere wollten. Der Durchschneit ergibt gelungene Vorarbeit für eine hoffentlich recht nahe Zukunft.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft erstrebte eine sozialistische Weltkonferenz, von der der Ruf an die Proletarier aller Länder ergehen sollte, sich zu gemeinsamen Kämpfen zusammenzuschließen. Ein Ruf zum Klassenkampf gegen die gesamte reaktionäre Bourgeoisie.

Die sogenannte II. Internationale wurde von Rechtssozialisten geführt, die von einer sozialistischen Weltkonferenz als Kontakt zu gemeinsamen Aktionen, als Anfang der proletarischen Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes, nichts wissen wollten. Wie sollten sie auch zum Kampf gegen die Politik von Regierungen aufrufen, in denen ihre eigenen Parteigenossen mitregieren.

Vor den Massen kam es den Rechtssozialisten darauf an, durch geschickte Manöver die Schuld an dem Nichtzustandekommen der sozialistischen Weltkonferenz anderen zuzuschreiben. Eine runde Abgabe hätte die eigenen Anhänger vor den Kopf gestoßen und stuhig gemacht.

So erlebte die Welt das eigenartige Schauspiel, daß in den gemeinsamen Sitzungen der drei sozialistischen Exekutiven Rechtssozialisten auftraten, um Kommunisten anzuklagen. Die Rechtssozialisten wollten damit beweisen, daß es nicht möglich sei, mit Kommunisten gemeinsame Aktionen zu machen.

Rechtssozialisten, die selbst durch ihre Abkehr vom Klassenkampf die Einigkeit des Proletariats zerstört haben, die einen Teil des Proletariats durch ihre Koalitionspolitik ins bürgerliche Lager geführt und dadurch Bruderkämpfe entfesselt haben, es seien nur Moske und Heine genannt, klagten Kommunisten an, daß sie durch ihre Taktik der Zellenbildungen die Einheit des Proletariats unmöglich machen. Rechtssozialisten, die Mittelschulden sind von völlerergewaltigen Friedensschlüssen, wie Brest-Litowsk, Bulgarest und Versailles, klagten Kommunisten an, daß sie in Georgien und in anderen Mandatstaaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachteten. Rechtssozialisten, die in Regierungen saßen und saßen, unter deren Herrschaft reaktionäre Monarchisten unbestraft Arbeiter um Arbeiter morden, während proletarische Revolutionäre zu Tausenden in Gefängnissen und Zucht-

Häusern sitzen, klagten Kommunisten an, daß sie politische Gefangene nicht freilassen wollen.

Sie sind allzumal Sünder, die Rechtssozialisten und die Kommunisten, und da sie in gleichem Maße recht haben und schuldig sind, müßten sie alle zusammen vor ein Revolutionstribunal. Wenn schon, denn schon!

Die Kommunisten wichen geschickt zurück vor den rechtssozialistischen Anklagen. Sie machten derart weitgehende Zugeständnisse, daß den Rechtssozialisten jeder glaubhafte Vorwand genommen wurde, die Sitzung der drei Exekutiven zu sprengen und jede Möglichkeit gemeinsamer Aktionen für absehbare Zeit zu vernichten.

Daß die Rechtssozialisten immer noch bösen Willens sind, die Bemühungen um die Einigkeit des Proletariats zu sabotieren, dafür geben sie fortgesetzt neue Beweise. Am Tage nach der Schlußsitzung der drei Exekutiven schrieb der „Vorwärts“, die Exekutive der sogenannten II. Internationale hätte sich gefügt, daß im Text der gemeinsamen Erklärung der drei Exekutiven „manches geschluckt werden könne, wenn ihr die Möglichkeit blieb, ihren Standpunkt in einer eigenen Erklärung zu formulieren“. Haben die Rechtssozialisten noch ein Recht, sich über die Hinterhältigkeit der Kommunisten zu enervieren, wenn sie selber eingestehen, daß sie gemeinsame Erklärungen unterschreiben, ohne Willen und Absicht sich für deren Inhalt zu verpflichten? Mit der erhobenen rechten Hand schwören die Rechtssozialisten Bündnistreue. Mit der hinter dem Rücken verborgenen linken Hand schwören sie gleichzeitig die Treue ab. Wer wundert sich nun noch darüber, daß es die rechtssozialistische Parteizentrale in Deutschland rundweg abgelehnt hat, wenigstens am 20. April gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten.

Die Vertreter der sogenannten III. Internationale wollten eine sozialistische Weltkonferenz. Sie wollten sie sogar so rasch wie möglich, unter allen Umständen noch während der Konferenz von Genua. Nur schade, daß dieser Eifer und Ernst in Wirklichkeit nicht der proletarischen Einheit galt.

Es ist längst allgemein bekannt, daß die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern Filialen der russischen kommunistischen Partei und als solche Organe für die Außenpolitik der Bolschewistenregierung sind. Die russische Regierung hätte gern eine sozialistische Weltkonferenz als Druckmittel gehabt, um ihrer Delegation in Genua stärkeren Rückhalt zu geben und die Positionen der Regierungen zu schwächen, die der russischen Regierung nicht wohl wollen. Rußlands Delegation hätte in Genua als Delegation des internationalen Proletariats auftreten können, wenn die russische Regierung selbst sozialistische Politik betrieb.

Die Interessen gerade des russischen Proletariats fordern zunächst in Rußland selbst eine selbständige freie sozialistische Bewegung zur Kontrolle, Kritik und Beeinflussung der bolschewistischen Regierungspolitik. Je schärfer und je länger die Bolschewisten in Rußland jede eigene Regung des russischen Proletariats unterdrücken, desto makroser wird seine Ausbeutung, desto brutaler seine Unterdrückung durch den neu aufkommenden Kapitalismus sein, desto mühevoller und opferreicher wird der neue Aufstieg des russischen Proletariats sein.

Kein Mensch spricht und schreibt mehr von der Einheitsfront des Proletariats als ein russisch abgestempelter Kommunist. Zur gleichen Zeit aber fordert Lenin, unter dem Vorkaus der Kommunisten aller Länder, daß die bolschewistischen Gerichte in Rußland jeden Menschewik erschließen sollen, der seine Ueberzeugung öffentlich ausspricht! Madet erklärte gelegentlich der Sitzung der drei Exekutiven in Berlin, daß die bolschewistische Regierung durch Verschönerungen oder Aufstände beseitigen wollen, daß sie lediglich propagandistisch wirken. Trotzdem schreibt Lenin: erschleckt sie!

Rechtssozialisten und Kommunisten haben die Einheitsfront des Proletariats wieder einmal nicht zustande kommen lassen.

Was ist nun zu tun?

Nichts anderes, als trotz alledem die Bemühungen um die proletarische Einheitsfront fortzusetzen, national und international. Die Lehre ist jedoch zu beherzigen, daß die Einheitsfront nicht geschaffen werden kann allein durch Zusammenkünfte von Führern und Instanzen. Auch nicht durch rein organisatorische Vereinbarungen und programmatische Formulierungen.

Die proletarischen Massen müssen die Arbeit für die Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes aktiv unterstützen. Ja, sie haben die Hauptarbeit zu leisten. Mit dumpfen und stumpfen, mit leichtgläubigen und gedankenlosen Massen, die vorwärts geprügelt werden müssen oder die sich von staatsmännisch begabten Führern ohne eigene Anstrengungen ins gelobte Land führen lassen möchten, ist nichts anzufangen.

Wie die Internationale Arbeitsgemeinschaft sich mehr und mehr als der Fels erweist, auf dem der Tempel des Sozialismus gebaut werden wird, so tritt in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratie immer klarer als die Partei des revolutionären Sozialismus hervor. Die Rechtssozialisten wie die Kommunisten sind an Regierungen gescheitert, die kapitalistische Politik betreiben oder mit Kapitalisten gemeinsame Politik machen. Der Sozialismus kann aber nur verwirklicht werden durch den reinen proletarischen Klassenkampf gegen alle kapitalistischen Parteien und Klassen.

Rechtssozialisten und Kommunisten erzählen täglich in ihren Zeitungen und in Versammlungen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im Sterben liege oder daß sie gar schon gestorben sei. Das ist weder neu noch originell. Das haben die Gegner der alten Sozialdemokratie nachgesagt, solange es eine Sozialdemokratie gab. Darüber lachen wir! Kann die Unabhängige Sozialdemokratie untergehen? Sie kann ebenso wenig aufhören zu bestehen, wie das Proletariat als Klasse verschwinden kann, solange der Kapitalismus lebt.

Die Proletarier möchten einig sein. Wohlan, sie können es, sobald sie wollen. Sie allein vermögen die rasche und wichtigste Voraussetzung der Einigkeit zu schaffen: durch proletarische Klassenolidarität in Wort und Tat!

Wer mit Kapitalisten paktiert, sät Zwietracht innerhalb des Proletariats und tritt die proletarische Klassenolidarität mit Füßen. Wer Proletarier wegen ihrer Gesinnung erschleckt, begeht Brudermord und verwandelt den Bürgerkrieg zwischen Kapital und Arbeit in einen Bruderkrieg, den Proletarier gegen Proletarier führen.

Einig laßt uns werden! Einig, im revolutionären Sozialismus!

### Rapps Osterhoffchaft

Der Hochverräter Rapp hat bereits einmal dem Reichsgericht die Offerte gemacht, sich zu stellen, wenn ihm „sicheres Geleit und Befreiung von der Untersuchungshaft zugesichert“ würde. Das Reichsgericht hat das abgelehnt, und jetzt ist ihm ein neues Schreiben zugegangen, das die reaktionären Blätter Berlins am Sonnabend abend veröffentlichten. Es enthält die Erklärung, sich dem Gericht bedingungslos zur Verfügung zu stellen. Mit echter Junkerdreistigkeit erklärt Rapp, der Regierung Ebert wegen der Märzereignisse 1920 keinelei Rechenschaft schuldig zu sein. Er hält die Männer vom November 1918 für stuchbeladene Hochverräter. Dagegen werde kein Gerichtshof der Welt die März-Putschisten von 1920 zu Hochverrättern stempeln können. Nur um ein von Pflicht und Gewissen ihm auferlegtes Gebot zu erfüllen, wolle er sich „in den Machtbereich der zeitigen deutschen Gewalthaber begeben“. Ende April wolle er in Deutschland eintreffen.

Rapps frecher Brief zeigt so recht, wie sehr der Reaktion in Deutschland der Kamm geschwollen ist. Der Schritt ist

sicherlich mit ihr vereinbart. Sie wittert Morgenluft. Vielleicht hofft sie auch, daß mit der Ankunft des Heidecksers Rapp eine neue Ära für sie beginnt. Das wäre noch eine günstige Gelegenheit. Rapp würde gefeiert werden als der „Retter des Vaterlandes“. Von der Unterforschungshaft will er, das geht deutlich aus dem Schreiben hervor, verschont bleiben. Er will sich nur dem Gericht stellen, und aufhalten will er sich im Machtbereich der zeitigen deutschen Gewalthaber, also — in Deutschland, damit er sich, wenn es notwendig ist, unauffällig zurückziehen oder sonst ihm geeignet erscheinende Schritte unternehmen kann. Ob das Reichsgericht den Rappisten diesen Gefallen tut wird?

### Stockprügel als Erziehungsmittel

Bayern ist in jeder Beziehung „Ordnungsstaat“. Dort mordet man Arbeiterführer, ohne daß es den Behörden gelingt, die Mörder festzustellen, dort erkranken sich die gemeinen Organisationen, die auf den Sturz der Republik und die Restauration der Wittelsbacher und Hohenzollern hinarbeiten, einer besonderen behördlichen Fürsorge, dort lobt sich die Justiz an politischen Gefangenen aus, dort hat man auch besondere Methoden, um den jugendlichen „Nacht und Ordnung“ beizubringen. Bayerische Methoden natürlich. Welcher Art diese Methoden sind, darüber liegt aus München eine charakteristische Meldung vor. Dienach wurde vor zwei Jahren durch den katholischen Fürsorgeverband mit Genehmigung der oberbayerischen Kreisregierung eine Fürsorgeanstalt errichtet, und zwar in der früheren Schweinezuchtanstalt Hehenberner bei Schleibheim. Die Anstalt wurde dem katholischen Geistlichen Brandstetter unterstellt. Wer aber des Glaubens sein sollte, daß damit ein christlich-katholischer Geist eingezogen sei, oder daß die Fürsorgezöglinge auch nur annähernd so gut behandelt werden wie die vorher dort gezüchteten Schweine, der irrt sich. Seit längerer Zeit lassen wiederholt polizeiliche Anzeigen gegen die Anstalt ein, aber, wie dies in Bayern bei solchen Fällen üblich ist, geschah nichts. Erst, nachdem verschiedene Zöglinge entlaufen waren und die Zustände in der Anstalt sich zu einem nicht mehr länger zu unterdrückenden Skandal entwickelt hatten, setzte das zuständige Bezirksamt eine Untersuchungskommission ein.

Dabei wurde festgestellt, daß ein Fürsorgezögling vollständig unterernährt war und daß sein Gesicht Anzeichen des Todeskampfes aufwies. Ein anderer Zögling mit ähnlichen Erscheinungen mußte sofort ins Schwabinger Krankenhaus überführt werden. Ein dritter Zögling hatte schwere Nahrungsmittelvergiftung. Der erste Zögling starb kurz darauf an Hungerodem. Nach der Behandlung der Ärzte des Krankenhauses waren die dort eingelieferten Zöglinge ausnahmslos verwahrloset, verlaust und unterernährt. Ferner ergab sich, daß die Anstaltsinsassen in der schlimmsten Weise geprügelt wurden, daß sie keinen Unterricht genossen, dafür aber zu allerlei schweren Arbeiten, wie Mörkeltragen, herangezogen wurden.

Das Empfindliche bei der Sache ist, daß der Fürsorgeerziehungsausschuß die Mäßigkeit der Schenklichkeiten zugab, sie aber vor der Öffentlichkeit unterdrücken wollte.

### Ein Vorstoß der sächsischen Reaktion

Den gesamten bürgerlichen Parteien in Sachsen behagt die sozialistische Regierung nicht. Sie haben schon wiederholt versucht, sie zu kürzen. Jetzt will man die Entschleunigung der Bevölkerung anrufen, um die verhasste Regierung und sozialistische Landtagsmehrheit loszuwerden. Die Deutsche Volkspartei und die deutschnationalen Landesverbände haben dem Ministerium folgenden Antrag unterbreitet:

Die unterzeichneten Verbände beantragen gemäß § 1 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 und des Artikels 36 der Landesverfassung die Zulassung des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages.

Die bürgerlichen Parteien wollen vor allem die Reform der sächsischen Gemeindeverfassung verhindern, die beachtlich ist, die Reste aus der Zeit der Dreiklassenherrschaft zu beseitigen und eine zeitgemäße Gemeindeverfassung zu schaffen. Ein Entwurf zu einer Gemeindeverfassung liegt bereits vor und soll in den nächsten Monaten verabschiedet werden. Das soll verhindert werden. Die Reaktion in Sachsen wird aber nicht auf ihre Rechnung kommen.

Baltische Wirtschaftskonferenz. Die finnländische Regierung beabsichtigt für den Mai eine Konferenz der baltischen Staaten nach Helsinki zusammenzurufen, um die laufenden wirtschaftlichen Fragen zu beraten.

## Meine Oster-Ausführung

Eine Ockerinnerung von Wilhelm Dittmann.

Nur wenige Leute werden wissen, was eine „Ausführung“ ist. Vor vier Jahren wußte ich es auch noch nicht, habe es dann aber erfahren. Eine solche Erfahrung macht man nur in Staatsgefängnissen. Wenn man plötzlich und unfreiwillig herausgerissen wird aus dem Kreis politischer, parlamentarischer und persönlicher Beziehungen, in das man verwickelt worden war. In dieser Lage befand ich mich Ocher 1918.

Beim großen Januar-Streit für den Frieden war ich in einer Massenversammlung im Treptower Park verhaftet und drei Tage darauf von einem außerordentlichen Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Bekannthschaft verurteilt worden. Wenn nicht „etwas“ dazwischen gekommen wäre, würde ich sehr wohl das letzte Jahr meiner „Gefängnisstrafe“ vor mir haben. Naß bedauere ich, daß es nicht so ist. Wer es nicht selbst erlebt hat, glaubt nicht, daß man in der erzwungenen Isolierung der Haft bei geistiger Konzentration zehnmal intensiver lernt als in der goldenen Freiheit. Nicht Jahre, sondern Monate unterbrochen werden! Warum sollte ich nicht als schwergelesener Hans Ocher 1923 unter meine haunenden Parteigenossen treten und neben ihnen allen und meinem Jahrbuch die ganze Gelehrtenwelt in die Sarranten fordern? Es hat nicht sollen sein. Ocher 1918 schwebte mir in meiner Staatsgefängnis in Tegeel noch solch eine verlockende Aussicht vor. Ich fand vor meiner Ueberbeladung vom Gefängnis in die Bekannthschaftsanstalt Vros Streblitz in Obereschlesien.

Es blieb auf fünf Jahre Abschied nehmen von Berlin. Dabei war ich durch meine Verhaftung mitten herausgerissen worden aus einem Hause parlamentarischer und politischer Arbeiten, ganz zu schweigen davon, daß ich meine persönlichen Verhältnisse nicht hatte regeln können. Da ich im Reichstage händiger Fraktionsredner gegen Belagerungsstand, Genus und Schuchardt war, ließ mir laufend eine Fülle von Material über Fälle dieser Art zu, darunter Originalakten, Dokumente und Beweiskräfte, die ich unbedingt zurückgeben mußte. Dies Material befand sich teils in meiner Wohnung, teils im Reichstage und teils im

Parteibüro, und zwar in solcher „Ordnung“, daß sich außer mir kein Mensch darin zurechtfinden konnte. Deshalb war es notwendig, daß ich vor meiner Ueberführung nach Gpsh-Streblitz Gelegenheit bekam, alle diese Dinge zu regeln. Da alle und Herzfeld, die mich verteidigt hatten, beantragten also beim Justizminister Dr. Spahn, mir vierzehn Tage Urlaub zu gewähren. Der Justizminister war dazu bereit, aber meine „Spezialfreunde“ im Berliner Polizeipräsidium und im Oberkommando in den Marken, die ich so oft in meinen Reichstagsreden hatte Spekrehten laufen lassen, und denen ich meine Verhaftung und Verurteilung „verdankte“, erhoben Einspruch. Wenn ich freigelassen würde und mich auf den Berliner Straßen zeige, so gäbe es Strafendemontierungen und Schlimmeres. Das Interesse der „öffentlichen Ordnung“ verlangte, daß ich in höherem Gewohrham bliebe. Schließlich hatte der Justizminister meinen Verteidigern vorschlagen, mich „auszuführen“. So kam meine „Ausführung“ zustande. Sie bestand darin, daß mich zwei Kriminalbeamte in Zivil früh um 8 Uhr mit einem Auto des Kriegsministeriums aus dem Gefängnis abholten, mich dorthin brachten, wo ich arbeiten wollte, mich den ganzen Tag nicht aus den Augen ließen und abends um 7 Uhr zurückbrachten zum Gefängnis. Widerwillig hatten Polizeipräsidium und Oberkommando zugestimmt, aber sie hatten die Reduzierung der Zeit von vierzehn auf acht Tage durchgesetzt, und da die Ausführung der „Ausführung“ durch das Polizeipräsidium erfolgte, wußte es mich um weitere drei Tage zu demauern und verinachte obendrein, mittendrin Auszahlung zu machen.

Am ersten „Ausführungstage“ fuhren wir von Potsdam, wohin ich inzwischen übergeführt war, per Auto zum Reichstage. Dort holte ich aus meinem Arbeitszimmer Material, um es in meiner Wohnung in Stealitz durchzuführen. Als das Auto vor dem Reichstage hielt, saate mir der eine meiner unfreiwilligen Begleiter sehr höflich: „Herr Abgeordneter, den Reichstag als Polizeibeamte zu betreten, haben wir kein Recht, ich bitte Sie deshalb, uns als Ihre privaten Begleiter“ gegenüber den Beamten des Hauses zu legitimieren.“ Und so geschah es. Heute in der Republik bezieht eine Präsidialverordnung, wonach die Polizei ohne vorherige Zustimmung des Präsidenten den Reichstag betreten darf. Auch ein Zeichen der Zeit. Vom Reichstag ging es zum Parteibüro am Schiffbauerdamm. Dort traf ich meine Vorstandscollegin, unsere jüngst verstorbene

Lulise Sieb und vier Büropersonal an. Auch hier suchte ich Material zusammen, um es zu Hause zu bearbeiten.

Nach kurzer Zeit erschien zufällig Genosin Kautsky und in ihrer Begleitung der russische Genosse Petrow im Büro. Genosse Petrow war kurz vorher gemeinsam mit Tischlerin, dem jetzigen russischen Außenminister, aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt und hatte als Spezialkurier der russischen Sowjetregierung den von Lenin unterzeichneten Friedensvertrag von Brest-Litowsk nach Berlin gebracht. Nach kurzer bezüglicher Begrüßung setzte ich Petrow über meine Lage ins Bild und stellte ihm meine beiden unzerrenlichen Begleiter vor. Er meinte trübend, er habe auch zwei Jahre schlimmer Gefangenschaft in England hinter sich und sei jetzt Kommissar einer Regierung. „Genosk“, erwiderte ich vorahnend, „die Welt ist rund und dreht sich, was heute unten ist, kann morgen oben sein.“ Sieben Monate später waren die alten Machthaber gestürzt und ich sah im Rat der Volksbeauftragten. Als ich Genossen Petrow kürzlich beim Reichstagspräsidenten Böbe traf, der ihn von früher kannte, erinnerten wir uns beide sehr lebhaft dieser unierer ersten Begegnung unter eigenartigen Umständen. Damals hatte sie für mich aber ein Nachspiel. Die Kriminalbeamten hatten abends pflichtschuldig auch über die Begegnung und die Unterhaltung mit Petrow berichtet. Das war Wasser auf die Mühle für meine „Freunde“ im Polizeipräsidium. Für sie war es klar, daß die Begegnung verabredet gewesen war, ebenso, daß mein Verhalten dabei einen Affront gegen die Strafvollzugsbehörden darstelle. Deshalb mußte die „Ausführung“ sofort abgebrochen werden. Verhandlung meiner Verteidiger, mit dem Justizministerium, ich selbst per Auto mit meinen unzerrenlichen dorthin. Schließlich Bernhanna, da die Anstalt der Begegnung außer Zweifel stand. Damit war der zweite Tag der „Ausführung“ ziemlich vergangen.

Am Abend neue Ueberführung. Meine Kriminaler erklärten mir: „Morgen, am Karfreitag und Sonntag und Montag, den beiden Osterfesttagen, sollen wir Sie nicht abholen.“ Ich: „Da gehen wir ja von den acht Tagen volle drei Tage verloren neben dem heutigen Tage.“ „Ach, ja, und Antwort: „Wir haben Auftrag, Sie an den Festtagen nicht auszuführen.“ So sah ich tags darauf, am Karfreitag, allein in meiner Zelle in Roabit. Ich las Bebel's Frau vom ersten bis zum letzten Blatt noch einmal durch und so verging auch dieser Tag. Erst am Sonnabend kam

## Ein Gottesgeschenk

Endlich ist Aussicht vorhanden, daß einmal wieder in einem großen politischen Prozeß vor aller Welt der revolutionäre Klassenkampf propagiert werden kann. Der Maiausflug der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei enthielt gegen den Schluß folgenden Absatz:

„Erkennt, daß ihr nur durch das Mittel des revolutionären Klassenkampfes gegen eure Verelendung, gegen die immer mächtiger und anwachsener werdende Reaktion, gegen die Grundursache aller Übel: den Kapitalismus, für euren materiellen und idealen Aufstieg, für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, für die Verwirklichung des Sozialismus erfolgreich kämpfen könnt.“

Im vierten Jahr der „sozialistischen“ Republik hat die Berliner Staatsanwaltschaft in diesem Satz „Aufreizung zum Klassenkampf“ entdeckt und bereitet eine Anklage vor, die sich zunächst richten soll gegen die nicht durch parlamentarische Immunität geschützten Mitglieder der Zentrale der U. S. D., also die Genossen Hilferding und Krille sowie gegen den bisherigen verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, den Genossen Hensel. Das Berliner Polizeipräsidium hat den Genossen Hensel deswegen bereits vernommen, der es natürlich abgelehnt hat, sich im Vorverfahren zu äußern. Auch wir möchten uns sorgfältig jeder Bemerkung zu diesem Verfahren enthalten, allein schon aus der Besorgnis heraus, daß uns das Gottesgeschenk eines solchen Prozesses schließlich doch nicht befehrt werden könnte, wenn wir dem Herrn Staatsanwalt vorzeitig ein Licht aufstecken würden.

## Die Schreckensherrschaft der Preise

Auf die ständige Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen und auch das Sinken des Reallohnes haben wir schon wiederholt hingewiesen. Und jede neue Preissteigerung verschlimmert das Mißverhältnis zwischen den Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Möglichkeit der Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel. Selbst ernsthafte bürgerliche Finanzpolitiker sind über diese Entwicklung der Dinge entsetzt. So schreibt Dr. Erwin Steiniger unter der Überschrift „Die Schreckensherrschaft der Preise“ in der „Börs. Ztg.“:

„Das die deutsche Teuerung neuerdings so verhängnisvoll und so zübnis macht, ist das beispiellose Tempo, das sie in den letzten Monaten und Wochen eingeschlagen hat; und ihre zerstörenden Wirkungen treten viel krasser und viel deutlicher hervor, wenn man die heutigen Preise mit denen des Herbstes oder des Frühjahr 1921 vergleicht, als wenn man sie denen des Friedens gegenüberstellt. Im vorigen Sommer hat der Reichskanzler Wirth in einer seiner Reichstagsreden von der „Großschmerz“ gesprochen, also von der Mark, deren innere Kaufkraft zehn Friedenspreisen gleichkommt. Damals waren in der Tat die Lebenshaltungskosten — durch Höchstpreisen, Ernährungszwangswirtschaft künstlich herabgedrückt — im Durchschnitt wohl erst auf das Zehnfache des Friedensstandes gesunken. Wenn man heute im April 1922 die innere Geldwertigkeit mit einem ähnlich knappen Ausdruck bezeichnen wollte, müßte man von einer Dreißigfachen Kaufkraft reden; und es ist noch zweifelhaft, ob dies Wort nicht noch ein bißchen zu optimistisch wäre. Wenn man von den letzten, bei dem schnellen Fortschritt der Teuerung schon fast antizipierten Lebenshaltungsindexnummern vom März ausgeht, die seither eingetretenen neuen Preissteigerungen und die außerordentlichen Preissprünge einzelner wichtiger Waren berücksichtigt (Kartoffeln kosten jetzt 110 bis 120mal so viel wie im Frieden, die Butter steht nach dem letzten „Rückgang“ immer noch auf dem wahren Friedenspreis, Fleisch im Durchschnitt mindestens auf dem Wachen), so kommt man zu dem Ergebnis, daß die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in diesem Augenblick wenigstens das Fünfunddreißigfache der Friedenszeit erreicht haben. Das bedeutet, daß das Realeinkommen des einzelnen seit Jahresfrist nur dann gleichgeblieben ist, wenn es sich nominal, in Papiermark, auf das Dreieinhalbfache erhöht hat. Jede Ein-

kommenssteigerung, die hinter dieser Verhältniszahl (seit Jahresfrist. Red. der „Freiheit“) zurückbleibt, bringt eine Verminderung des Realeinkommens, eine Herabdrückung der Lebenshaltung zum Ausdruck. Begt man diesen Maßstab an, so wird man im deutschen Volk nur ganz wenige bevorzugte Gruppen und Schichten finden, die sich in den letzten Monaten und Wochen nicht in raschem materiellem Niedergang befinden. Auch die Arbeiterschaft, die organisatorisch gegenwärtig über die stärkste Macht ökonomisch-sozialer Selbstbehauptung verfügt, kann bei solchem Tempo nicht mithalten. Noch viel weniger aber können die Angestelltengruppen ihre Lebenshaltung verteidigen, die infolge ihrer schwächeren Interessenvertretungskraft schon in einer früheren Periode auf halbe oder weniger als halbe Friedensloehnen herabgedrückt wurde und nun mit der schnell zunehmenden Teuerung von diesem vornehin niedrigen Niveau weiter herabsinkt.“

Abgesehen von der allgemeinen Kennzeichnung der Teuerung, die Steiniger selbst als noch zu optimistisch bezeichnet, sind die Angaben auch deshalb wertvoll, weil sie das Vered von den hohen Löhnen als sinnlos erscheinen lassen und gleichzeitig auch das Märchen abtun, als ob die „Schreckensherrschaft der Preise“ auf die Löhne zurückzuführen sei. Denn mit Recht weist Dr. Steiniger darauf hin, daß jede Einkommenssteigerung, die hinter dieser Verhältniszahl (d. h. der dreieinhalbfachen Erhöhung der Preise seit Jahresfrist. Die Red.) zurückbleibt, eine Verminderung des Realeinkommens, eine Herabdrückung der Lebenshaltung zum Ausdruck bringt.“

## Das ungeheuliche Disziplinarurteil

Wir haben das Urteil der Potsdamer Reichsdisziplinarkammer gegen den Eisenbahnbetriebsassistenten Rosenbühl aus Berlin mitgeteilt. Es ist ungeheulich. Kein Mensch spricht den Beamten das Streikrecht ab. Die grundlegenden Rechte, die jedem Deutschen und damit auch den Beamten zustehen, sind niedergelegt in der Reichsverfassung. Sie ist fernerzeit zum Schutze der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen worden, was in ihr auch klar zum Ausdruck kommt. Nicht so klar sind manche Bestimmungen über die Rechte, die dem Proletariat zustehen. Doch Artikel 159 betont, daß die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sei. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern versuchten, seien rechtswidrig. Artikel 180 betont ausdrücklich, daß allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet würde.

Nun wird man einwenden. Vereinigungsrecht sei noch nicht Streikrecht. Demgegenüber steht fest, daß ein Streikverbot für Beamte nicht besteht. Ein Koalitionsrecht zur Förderung der Arbeitsbedingungen ohne Streikrecht aber ist bedeutungslos. Zur Förderung der Arbeitsbedingungen ist das Streikrecht unbedingt notwendig, geradezu unentbehrlich in einer kapitalistischen Wirtschaft. Wie der Arbeiter, so ist auch der Beamte durch die Verhältnisse gezwungen, sich zusammenzuschließen und sich — wenn es sein muß — bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Dieses Recht darf man nicht nehmen. Verweist man auf Disziplinarordnungen, so ist zu entgegnen, daß die nie die Grundrechte antasten können. Mit den „Ordnungen“ aus der Zeit vor dem Kriege darf man daher nicht kommen. Dann aber wird man den Erlaß des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung heranziehen. Der Reichspräsident ist befugt, bei erheblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Es werden die Artikel genannt, die vorübergehend außer Kraft gesetzt werden können. Artikel 180 und 189 der Reichsverfassung sind nicht darunter. Sie darf der Reichspräsident nicht außer Kraft setzen. Artikel 159, der für jedermann und für alle Berufe (also auch für die Beamtenberufe) die Vereinigungsfreiheit zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährleistet, steht ja auch vor, daß alle Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern versuchen, rechtswidrig seien.

Die Beamten haben das Streikrecht. Sie können von ihm Gebrauch machen. Sie dürfen nicht gemahregelt werden, wenn sie ihre Rechte in Anspruch nehmen. Die Disziplinierungen werden verfallen wider Recht und Gesetz. Die Regierung ist dazu berufen, die Verfassung zu schützen. Das Gerichtsverfahren gegen die Eisenbahnbeamten muß eingestellt werden. Die Potsdamer Entscheidung will „ein für allemal den Streikbegriff aus der Beamtenchaft ansmergen.“ Dieser Eifer ist bezeichnend. Das ist aber nicht Aufgabe irgend eines Gerichtshofes, sondern das kann auf gesetzlichem Wege geschehen. Natürlich würden die Vertreter des Proletariats solchen Angriffen auf das Koalitionsrecht den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

## Rechtssozialisten und Oberschlesien

Innerhalb der rechtssozialistischen Partei streiten sich zwei Richtungen in Bezug auf die Frage, ob Oberschlesien Autonomie gewährt werden soll. Eine Provinzialkonferenz der Rechtssozialisten Oberschlesiens befaßte sich am 1. April mit dieser Frage. Der Vorsitzende sprach sich gegen die Autonomie aus, worin er die Provinzialkonferenz seinen Beschluß zu fassen, sondern die Entscheidung den ober-schlesischen Sozialdemokraten allein zu überlassen. Demnach haben die Rechtssozialisten dem Autonomiegesetz für Oberschlesien immerzu nur zugestimmt, weil sie durch das Gesetz die Abstimung in Oberschlesien günstig beeinflussen zu können hofften.

## Das Londoner Memorandum

Der Bericht der Sachverständigen über die „Wiederherstellung Europas“ ist in London erschienen. Man hat gar nicht erst versucht, zu einer sogenannten Konvention zu gelangen, sondern sich darauf beschränkt, Resolutionen zu geben, die jedoch so abgefaßt sind, daß sie — falls es wünschenswert erscheinen sollte — als Grundlage für eine Konvention dienen können.

Die Resolutionen sind in drei Gruppen gegliedert, und zwar handelt der erste Abschnitt von den Finanzen, der zweite von der Wirtschaft und der dritte vom Transport. Damit das Memorandum an Uebersicht gewinnt, ist es in Kapitel eingeteilt. Das erste Kapitel des ersten Abschnitts beschäftigt sich mit der Währungsfrage im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Europas. Der entsprechende Satz in diesem Kapitel lautet kurz und bündig: „Gold ist die einzige gemeinsame Grundlage, die die europäischen Länder heute annehmen können.“

Das nächste Kapitel behandelt die Kreditfrage — dann kommen die Wechselkurse an die Reihe, und es wird angeregt, alle besonderen Einfuhrbeschränkungen aufzuheben, wenn in einem Lande binnen 12 Monaten ein annehmbarer Fortschritt in der Wiederherstellung der Wechselkurse, soweit sie auf Grund der entwerteten Valuta eingeführt worden sind, zu verzeichnen ist.

Im zweiten Abschnitt (Wirtschaftliches) wird im ersten Kapitel die Frage der Zolltarife und der Handelsbeschränkungen erörtert: Alle Zolltarife sollten veröffentlicht und bei dieser Gelegenheit müßten über jede Warenklasse klare und bestimmte Angaben gemacht werden; ferner wird angeregt, die Zolltarife sollten soweit wie möglich für längere Zeiträume erlassen, Abänderungen in den Zollsätzen sowie in den Zollverordnungen so selten wie möglich vorgenommen und dann „in der richtigen Weise“ veröffentlicht werden. Nach einem noch festzusetzenden Termin sollen die Ausfuhrzölle auf Rohstoffe (soweit sie nicht für Finanzzwecke wünschenswert erscheinen) aufgehoben und neue Ausfuhrzölle dann nicht mehr eingeführt werden. Die Ein- und Ausfuhrverbote oder Beschränkungen werden im Hinblick auf die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas im Prinzip für schädlich erklärt, und es wird dem Bunde Ausdruck verliehen, daß die Vorkriegsperiode so bald wie möglich wieder hergestellt werden möchte! Schließlich wird der Vorschlag gemacht, der Konferenz in Genä eine Resolution zu unterbreiten, nach der während eines gewissen Zeitraumes die dort vertretenen Nationen sich gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht in Zollangelegenheiten zu billigen sollten.

Im zweiten Kapitel dieses Abschnitts steht die Behandlung von Ausländern bei der Ausübung des Handels zur Diskussion, und es wird angeregt: ausländische Firmen oder Personen, die irgend ein erlaubtes Geschäft betreiben, einen Beruf ausüben oder einer Beschäftigung nachgehen, sollten keiner höheren Besteuerung unterworfen werden als die eigenen Angehörigen des betreffenden Staates. Ähnliche Wünsche werden in Bezug auf Erteilung von Passiven und dergleichen ausgesprochen. Nur für „lästige Ausländer“ sind nach bekanntem Muster Ausnahmen vorzusehen.

Im letzten Kapitel des zweiten Abschnitts wird der Schutz des industriellen und des geistigen Eigentums behandelt.

Der dritte und letzte Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage des Verkehrs. Die Wiederherstellung und Verbesserung der Organisation der Eisenbahnen und sonstiger Verkehrsmittel, der Häfen und Wasserstraßen wird zur Debatte gestellt. Das Memorandum schließt mit der Anregung, weitere Abkommen, die in den jetzt in Kraft befindlichen Verträgen vorgesehen sind, möchten vorbereitet und sobald wie möglich in Kraft gesetzt werden.

## Verbot der Maiseiern in Oberschlesien

Die J. A. A. gibt folgendes bekannt: Der Zeitpunkt naht heran, an dem die Interalliierte Regierungskommission die Uebergabe der an Polen bzw. Deutschland fallenden Gebiete Oberschlesiens in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles vornehmen wird. Es liegt viel daran, daß dieser Prozeß in Ruhe und Ordnung vor sich geht. Wesentliche Ausbedingungen, auch solche, die anlässlich des 1. 2. und 3. Mai d. J. verhandelt werden würden, könnten von diesem Ziel ablenken, so friedfertig sie auch von den Verantwortlichen beabsichtigt sein mögen. Die Interalliierte Regierungskommission hat infolgedessen beschlossen, ihr Verbot jeder Kundgebung oder jeder öffentlichen Versammlung, gleichviel welcher Art, auch für den 1. 2. und 3. Mai anstrenglich zu vermeiden. Sie weist nicht daran, daß die Bevölkerung einziehen wird, daß die Kommission nicht anwesend sein wird, Trümmel anzuwenden, um die Ausführung dieser Maßnahme zu gewährleisten.

## Die Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend Deutschlands

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir einen Teilbericht über den ersten Verhandlungstag. Wir werden am Dienstag über die Tagung im Zusammenhang berichten.

Der Herr Nicolai hat insofern eine Wendung zugunsten des Professors Nicolai genommen, als das Unterrichtsministerium nunmehr gegen den ehemaligen Rektor der Berliner Universität, Geheimrat Meyer, eingeschritten ist, weil er das Urteil im Falle Nicolai an andere Universitäten versandt hat. Im übrigen steht in der ganzen Angelegenheit vor dem Kammergericht Termin am 19. April an.

**Zähne 10 u. 15 Mk. mit Friedenskautschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1**

ich recht zum Arbeiten. Da sah ich denn in meiner Wohnung am Schreibtisch, ordnete, schrieb und adressierte. Stöße von Material wanderten in den Papierkorb, darunter manches, was sich damals sehr nervös Staatsanwälte blöderweise vielleicht interessiert hätten. Unmittelbar daneben saßen die beiden Gesehwänder und verrieten sich ihre Pongeweile mit der Festüre von Sven Hedins Reise-Erlebnissen, die ich ihnen zur Verkönnung geteilt hatte. Jedes Teleschongespräch, jedes Gespräch eines Genossen, der mich bejauchte, wurde von ihnen überwacht. So anhängig waren sie allerdings, daß sich mich wenigstens mit meiner Frau ungehindert aussprechen ließen, für die der Ausfall der Feiertage aus der Ausfuhrungszeit eine herbe Enttäuschung war. Ich erinnerte sie daran, daß Nebel einmal angefallen ist, daß ich früher eine alte Vögelst-Praxis von Polizei und Staatsanwälten abweien, unsere Genossen möglichst die Freiheit über hinter Schloß und Riegel zu bringen und sie fand sich auch tapfer damit ab, daß ich erst am Dienstag wiederkam. Tags darauf war dann der letzte Ausfuhrungstag.

Am Donnerstag, den 4. April, brachten mich meine beiden Schutengel von Noabit der Auto zum Bahnhof Charlottenburg an den D-Jug nach Dypeln. In einem reservierten Abteil beilieteten sie mich bis nach Groß-Strehlitz und lieferten mich dort in der Reaktionskammer, das heißt in einem Gefängnis ab, an dessen Tor man ein Pappschild mit der Aufschrift „Reaktionskammer“ gebängt hatte. Der Chauffeur des Autos aus dem Kriegsministerium, der mich zur Bahn brachte, ein kommandierter Landsturmann, verschickte mich beim Abschied: „Ad hols Sie wieder, wenn Sie zurückkommen.“ Er schen in die fünfjährige Dauer meiner Staatspenion und in die Gewalt des alten Regiments einige Zweifel zu legen. Die weitere Entwicklung hat ihm Recht gegeben.

Wenn ich persönlich heute Eiern auch unter anderen Umständen beache als 1918, so hegen mir die Erinnerungen an meine „Ausfuhrungszeit“ doch wieder lebhaft vor die Seele durch das immerliche Bewußtsein, daß heute wie damals hunderte politischer Gefangener hinter Kerkermauern schmachten. Darum mag die kleine Erinnerungskarte aus in die Forderung: Die Kerker Tore auf für Alle, die ihren politischen Kampf für das Proletariat mit ihrer Freiheit bezahlen müßten!

# Kleiderstoffe

**Voll-Voile** in vielen modernen Farben ... Meter **118<sup>00</sup>**  
**Reinwoll. Schotten** ca. 105 cm breit .. Meter **138<sup>00</sup>**  
**Rockstreifen** mit seidenartigem Durchzug ca. 110 cm breit .... Meter **145<sup>00</sup>**  
**Moderner Frotté** aparte Streifen, ca. 110 cm breit Meter **148<sup>00</sup>**  
**Woll-Voile** hübsche Farben, ca. 105 cm breit ..... Meter **168<sup>00</sup>**

**Dirndl-Stoffe**  
hübsche Muster ..... Meter **39<sup>50</sup>**  
**Blusen-Flanell**  
hell gestreift ..... Meter **46<sup>50</sup>**  
**Blusen-Stoffe**  
hübsche Streifen ..... Meter **58<sup>00</sup>**  
**Kleider-Schotten**  
doppeltbreit ..... Meter **62<sup>50</sup>**  
**Tupfen Batist** weiß, verschied. Punktstellungen, mit Lochstickerel .. Meter **68<sup>50</sup>**  
**Foulardine**  
hübsche Kleidermuster ..... Meter **69<sup>50</sup>**  
**Woll-Batist**  
einfarbig, doppeltbreit ..... Meter **76<sup>50</sup>**

**Blusen-Flanell**  
engl. Geschmack ..... Meter **78<sup>00</sup>**  
**Voll-Voile**  
bedruckt ..... Meter **79<sup>50</sup>**  
**Kleider-Serge**  
marine, farbig bestickt ..... Meter **96<sup>50</sup>**  
**Reinwoll. Cheviot**  
marine, doppeltbreit ..... Meter **98<sup>00</sup>**  
**Kleider-Voile**  
entzückende Muster, doppeltbreit .... Meter **98<sup>50</sup>**  
**Popeline-Schotten**  
m. seidenartigem Durchzug, doppeltbreit Meter **98<sup>50</sup>**  
**Reinw. Musseline**  
hell oder dunkel gemustert ..... Meter **98<sup>50</sup>**

# Jandorf

Belle-Alliance-Str.

St. Frankfurter Str.

Brunnenstr.

Kottbuser Damm

Wilmsdorfer Str.

## Theater u. Vergnügungen

**Vollsbühne**  
7 1/2 Uhr:  
1. Feiertag:  
**Heber unsere Kraft I.**  
2. Feiertag:  
**Die Ratten**

**Neues Volkstheater**  
Köpenicker Straße 68  
7 1/2 Uhr:  
An beiden Feiertagen:  
**Schüler Alois**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
8 Uhr:  
An beiden Feiertagen:  
**Parasit**

**Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr:  
1. Feiertag:  
**König Richard III.**  
2. Feiertag:  
**Lamoral Vagabundus**  
2 1/2 Uhr: **Rachmann als Erzieher**

**Deutsches Theater**  
An beiden Feiertagen:  
7 1/2 Uhr:  
**Cyrano von Bergerac**  
2 1/2 Uhr: **Ostern**

**Kammerspiele**  
1. Feiertag:  
2 1/2 Uhr: **Die deutsch. Kleinstädter**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Meister**

2. Feiertag:  
2 1/2 Uhr: **Frühlingserwachen**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Jungfern vom Bischofsberg**

**Großes Schauspielhaus**  
An beiden Feiertagen:  
2 1/2 Uhr: **Dantons Tod**  
8 Uhr:  
**Dantons Tod**

Theater i. d. **Königsgrätzer Str.:**  
An beiden Feiertagen:  
3 Uhr: **Erdegeist**  
7 30 Uhr: **Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeist. Kreisler**

**Komödienhaus:**  
Tgl. 7.30 Uhr:  
**„Gretchen“**  
**Erika Glässner**  
**R. A. Roberts**  
An beiden Feiertagen:  
3 Uhr: **Fortuna blau**

**Berliner Theater**  
Gastspiel: W. Bromme  
An beiden Feiertagen:  
3 Uhr: **Letzter Walzer**  
7 Uhr: **Madame Sirt**  
Ella Körner, Carl Bachmann u. G. Ferry Sikla, Lulu Tiersch.

7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
Der neue Schlager  
**Der Heffe aus Afrika.**

**Walhalla-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
7 1/2 Uhr:  
**Gasthaus zur Liebe**

**ROTTER-BÜHNEN**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
An beiden Feiertagen:  
**Trilanon-Theater**  
**DER VULKAN**

**Kleines Theater**  
Das kleine  
**Schokoladenmädchen**  
**Residenz-Theater**  
**Das Frau ohne Bedauern**

**Theater am Nollendorfsplatz**  
1. Feiertag:  
nachm. 8 1/2 Uhr:  
**Die Ehe im Kreise**  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Verliebte Leute**

2. Feiertag:  
nachm. 8 1/2 Uhr:  
**Der Vetter u. Dingsda**  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Verliebte Leute**

**Theater des Ostens**  
(Russ-Theater)  
7 1/2, 8, 9 Uhr:  
**Beitrag auf Probe**

**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**D. beiden Nachtigallen**

**Apo'lotheater**  
Friedrichstr. 218  
8 Uhr:  
**„Venus auf Erden“**  
Vorber: **Brühn Varietè-Attraktionen.**

**Theat. a. Kottb. Tor**  
Tel. Köpen. 16077  
Tgl. 7 1/2 Uhr:  
Stg. nachm. 8 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
10 Prozent  
Tgl. Komik  
Kam.-geb. Preise  
So. 11-14 u. 4-6

**Circus BUSCH**  
Osterreide!  
An den 3 Osterfeiertagen  
Sonntag Montag Dienstag  
nachmittags 3 Uhr  
**1 Kind frei!**  
Auch Nachmittag  
Störtebeker,  
der Seeräuber  
und sämtliche  
neue Sensationen.

**Metropol-Varieté**  
Behrenstraße 54  
Donnerstag, d. 20. April  
7 1/2 Uhr:  
**Ehrenabend**  
für den königl. Leiter  
**Siegn. und Flawer**  
Festvorstellung  
mit „Gasi“-Nummern:  
Nie dagew. Varietè-  
Programm  
Siehe Anschlagtafel.  
Vorverkauf eröffnet!  
Tischbestellung recht-  
zeitig erbeten.

**Schauburg**  
Königsgrätzer  
Straße 121.  
Das große  
Fest-Programm.  
**Der Mann aus Stahl**  
Ermittlungsabenteuer  
in 6 Akten  
von H. Santos.  
Hauptrolle:  
**Luciano Albertini.**  
Regie: S. Petmont.

**Bühnenschauspiel**  
**Edmund Loewe**  
in der Rolle:  
**Chaplin kommt persönlich.**  
Schauspieler: Emil  
Giese, Eiji Kurohito  
Beginn:  
Wochentags 6 u. 9 1/2 U.  
Sonn- u. Feiertags 4 Uhr.  
Kaffeezeitung 9 U.

**THEATER I. D. KÖNIGGRÄTZER/STR.**  
TÄGLICH 7 30 UHR  
UNTER ATEMLOSER SPANNUNG:  
**DIE WUNDERLICHEN GESCHICHTEN**  
DES KAPPELLMEISTERS  
**KREMLER**  
DAS UNUNTERBROCHENE TAGE/GE/PRÄH!

Vol. 1-5  
geschlossen  
Trotz  
**Warenknappheit!**  
unfallig noch  
**imposant. Lager**  
preiswerter  
**Teppiche**

(Deutsche u. Pariser)  
**Gardinen**  
**Möbelstoffe**  
**Läufer u. Belagsstoffe**  
**Stepp-, Diwan- u. Tischdecken,**  
**Schlaf- und Reisdecken**  
Eine Anzahl  
**Teppiche** mit  
**Fehlern**  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emi**  
**Leffevre**  
Ber.-in-Süd, Seit 1882  
**nur**  
**Oranienstr. 158**  
**Reine Filialen!!**

**Fahrraddecken** 95, 120  
**Luftschläuche** 25, 35, 45 M  
Versand nach ausw. Engen  
Schmidt, Berlin, Badstraße 13

**Frauenhaare**  
ausgek. kauf s. h. h. h. h.  
Preis m. d. ar. h. h. h. h.  
Faiser-Wilhelm-Dr. 28.

**Theater des Westens**  
**Schwedisches Ballett**  
An beiden Feiertagen:  
Nachmittags 3 1/2 Uhr Abends 7 1/2 Uhr  
**Divertissement. Aus alten Tagen.**  
**Die törichtsten Jungfrauen.**  
Außerdem die große Bilddichtung Paul Claudel's:  
**Der Mensch und seine Sehnsucht**

**Briefwechsel** zwischen Schiller u. Lotze  
— Schiller und Goethe  
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk.  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

**Magenleiden!**  
Preis 25.—  
**Stomachosoxon**  
A. Dorfschlechter & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.  
Hauptniederlage für Ber. in:  
**Elefant-Apotheke SW, Leipziger Str. 74**

**Wichtige Neuerscheinungen**  
des Verlags der **Kommunistischen Internationale**  
in Kürze erscheint:

**Kommunistische Internationale.** Organ des Exekutivkomitees der K. Nr. 20 des III. Jahrganges.  
**Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals.** (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922), Preis M. 30.— (Organisationsausgabe M. 15.—)  
**In rascher Folge erscheinen:**  
**L. TROTZKI:** Georgien. / Zwischen Imperialismus und Revolution (Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens).  
**L. TROTZKI:** Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunist. Internationale).  
**CLARA ZETHIN:** Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg (Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunist. Internationale).  
**Bereits erschienen:**  
**N. BUCHARIN:** Oekonomie der Transformationsperiode. Preis geb. Mk. 60.—, brosch. M. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—).  
**E. VARGA:** Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zweite vermehrte Auflage). Preis Mk. 20.—, geb. Mk. 30.—. (Organisationsausgabe Mk. 12.—, geb. M. 20.—).  
**JOHN REED:** Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Preis Mk. 32.—, geb. Mk. 45.—. (Organisationsausgabe M. 20.—, geb. M. 30.—).  
**N. LENIN und G. SINOWJEW:** Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1917). Preis gebund. Mk. 80.—, brosch. M. 60.—. (Organisationsausgabe geb. M. 45.—, brosch. 30.—).  
**M. PHILIPS PRICE:** Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917 bis 1919. Preis geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.—. (Organisationsausgabe gebunden Mk. 35.—, brosch. Mk. 18.—).  
**KARL RADEK:** Wege der russischen Revolution. Preis Mk. 8.—. (Organisationsausgabe Mk. 4.50).  
**KARL RADEK:** Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—).  
**L. TROTZKI:** Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau). Preis Mk. 10.—. (Organisationsausgabe Mk. 5.—).  
**G. Sinowjew:** Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale). Preis Mk. 7.—. (Organisationsausgabe Mk. 3.—).  
**A. WARSKI:** Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. Preis M. 4.—. (Organisationsausgabe M. 2.—).  
**E. VARGA:** Die Lage der Weltwirtschaft u. der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren. Preis Mk. 4.—. (Organisationsausgabe Mk. 2.50).  
**Die Kommunistische Internationale.** Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Nr. 19 mit Beiträgen von Karl Bremer, L. Trotzki, N. Lenin, G. Sinowjew, M. Borodin, Fritz Heckert, J. Carr, E. Paw'owski, Wilhelm Pieck, E. Varga, J. Humbert-Droz, M. N. Roy, S. Gussew, A. Kollontaj, A. Lunatscharski u. a.

**Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg**  
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

**Palmis**  
Lichtspiele  
Potsdamer Str. 19  
Ecke Margaretenstrasse

**Das Mirakel**  
v. Dr. Kar. Volkmüller  
Regie:  
Prof. Max Reinhardt  
Vorspielungen:  
Werk. 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
Stg. 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 U.  
V.verkauf an der  
Theaterkasse 12 2 U.

**Musiker**  
für alle Gelegenheiten  
Holt die Orchesterleitung  
des Deutschen Musikerver-  
bandes, Kottbuser-  
Str. 31, St. b. 288.

**Brautleute wollen!**  
Elegante fugenlos  
**Trauringe**  
nicht aus dem  
sogenannten Spezialge-  
schäft, welches unter anderem  
alle möglichen Gegenstände, wie  
Uhren und Goldwaren führt, oder  
gar altes Gold usw. aufkauft, sondern  
aus einem  
**Spezialgeschäft,**  
welches ausschließlich nur  
**Trauringe** fabriziert  
und an Private liefert.  
**In Deutschland stehen wir als  
solches konkurrenzlos da**  
und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von  
**120.— Mark**  
anwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer  
Auswahl, direkt vom Lager.  
Bestellung ohne Kaufzwang erbeten.  
Ansprüchliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach  
auwärts gegen Vorauszahlung des Betrages!  
**Trauringefabrik G. Albert Thal,**  
C 19, Seydelstraße 5 (Nollendorfsplatz).

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108 114  
Montag, den 17. April 22,  
**II. Osterfeiertag**  
**Großes Konzert u. Varietè-Vorstellung**  
Das Riesen-Varietè-Programm  
15 erstklassige Attraktionen  
Vorverkauf ab Freitag den 14. April 22.  
Einlaß 5 Uhr. Anfaß 6 Uhr.  
Außerdem  
**BALL** Anfang 5 Uhr

**Luxemburg Liebkecht Jögiches**  
Ihre Bedeutung für  
die deutsche  
Sozialdemokratie  
von  
**Karl Kautsky**  
preis 4.— M.  
Buchhandlung  
**„Freiheit“**  
C. 2, Breite Str. 8-9

**„Hamster“-Wagen**  
Zusammenlebar, sofort ab Fabrik für  
Mk. 400.— lieferbar  
Berlin W. 9, Eichhornstraße 4, pri.

**WANDERKARTEN**  
für alle Gegenden erhält man in der  
Buchhandlg. „Freiheit“ Breite Str. 8-9

# Reform- oder revolutionäre Partei

Von Karl Marxionini.

Die frühere „Freiheit“-Redaktion brachte zwei Artikel des Genossen Hans Bloch aus der „Leipziger Volkszeitung“ zu den parteipolitischen Fragen. Dem Genossen Bloch hat in der „Leipziger Volkszeitung“ Genosse Karl Marxionini ausführlich geantwortet. Unsere Leser werden sicherlich auch diesen Artikel kennenlernen wollen. Deshalb bringen wir ihn, damit sie über beide Auffassungen unterrichtet sind.

Die alte Sozialdemokratie in Deutschland war wohl eine einheitliche Organisation. In ihr waren aber, besonders in dem letzten Jahrzehnt vor dem Arlege, mehrere Richtungen vorhanden. Als im Jahre 1917 die USPD entstand, gehörten zu ihr Anhänger aller Richtungen der alten Partei. Sie hatten sich im wesentlichen zusammengefunden im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegspolitik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. Nach Beendigung des Krieges, im März des Jahres 1919, als die widerstrebenden Kräfte bereits geschieden waren, gab sich die USPD ein Aktionsprogramm, in dem sie erklärte, daß sie sich auf den Boden des Rätesystems stelle und die Diktatur des Proletariats erstrebe.

Eine Richtung in der Partei wollte sich mit diesem Aktionsprogramm, das erst nach heftigen Kämpfen auf dem Parteitag zustande gekommen war, nicht einverstanden erklären. Doch ein Richtungsstreit war nach dem Parteitag nicht ein. Dazu gingen die politischen Wogen viel zu hoch. Die Partei stand in heftiger Opposition gegen die kapitalistischen Parteien, gegen die Rechtssozialisten. Sie wurde verfolgt. Die Anhänger strebten ihr in „Lassen zu. Im Dezember des Jahres 1919 wurde zu Leipzig auf dem Parteitag ein neues Aktionsprogramm geschaffen, in dem wieder das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats die Kernsätze waren. Ohne Kampf im Braum und einstimmig wurde es vom Parteitag angenommen. Es war wohl eine Gegenpartei vorhanden, die war aber zahlenmäßig so schwach, daß sie sich gar nicht hervorwagte. Die Partei wuchs, und im Jahre 1920 kam der glänzende Reichstagswahltag, dem im November die Spaltung in Halle folgte. Zahlreiche aktive und radikale Mitglieder schiedem uns. Die Gegenpartei der Ideen des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats blieben. Zum Teil fanden sie in den Parlamenten, und sie begannen mehr und mehr ihre schärfere Haltung anzulegen. Sie wurden offener. Mit der Haltung der Mehrheit der Partei mit den Parteitagbeschlüssen wurden sie immer unzufriedener. Das Aktionsprogramm wurde entweder völlig beiseite geschoben, oder es wurde so ausgelegt, wie es der kleinen, aber einflussreichen Richtung in den Kämpfen paßte. Da kam der zweite Leipziger Parteitag heran. Er verlief nach außen in der schönsten Harmonie. Der Richtungsstreit unterblieb vor der Öffentlichkeit. Die kleine Richtung wagte nicht, offen für ihre Ideen zu kämpfen, und die große Richtung sah sich nicht veranlaßt, den Streit zu beginnen. Es sollte positive Arbeit geleistet werden.

Wir sehen heute, daß es falsch war, auf dem Parteitag über die verschiedenen Ansichten nicht zu diskutieren. Jetzt haben wir die Meinungskämpfe. Wohl ist auf dem Parteitag ein Manifest einstimmig angenommen worden, aber das wird recht verschieden ausgelegt. Das wäre nach einer offenen und gründlichen Aussprache nicht so leicht möglich gewesen. Auch hätte man dann entscheiden können, wie groß die eine und wie groß die andere Richtung in Deutschland sei. Die kleine Richtung würde von vielen Genossen geteilt. Jetzt läßt sich das nicht ohne weiteres nachprüfen. Auf dem Parteitag wäre das bis zu einem gewissen Grade möglich gewesen.

Aus Anlaß des Konflikts in der „Freiheit“ sind die Gegenläufe offen zutage getreten. Sie sind für den künftigen keine Überraschung. In Gedanken ist vor allem, daß sie nicht viel früher zum Ausbruch gekommen sind. Die Berliner Parteigenossen haben ja eine Vorgeschichte, die geradezu bewundernswert ist. Der Partei haben sie aber einen schlechten Dienst erwiesen, daß sie die Dinge so lange haben laufen lassen. Daß die „Freiheit“ nicht im Sinne der Parteitagbeschlüsse redigiert wurde, mußte seit längerer Zeit auch das einschlägige Parteimitglied in Berlin erkennen.

Der „Freiheit“-Redaktion zur Seite springt in zwei Artikeln Genosse Hans Bloch in der „Leipziger Volkszeitung“. Maßgebend für jeden Parteigenossen und für jeden Redakteur sind die Beschlüsse der Parteitage. Die „Freiheit“-Redaktion hat sich aber ein privates Manifest geschrieben, das für die Zeitung haben soll. Der Genosse Bloch läßt sich heraussagen, daß es das in der Partei nicht geben kann, deshalb unternimmt er vor allem den Versuch nachzuweisen, daß das private Manifest der „Freiheit“-Redaktion übereinstimmt mit dem offiziellen Manifest der Partei.

Es sollen hier nur einige der Darlegungen des Genossen Bloch erörtert werden, da sie nicht ohne Widerspruch bleiben können; sonst dürfte die Auffassung entstehen, als sei das die Ansicht der Gesamtreaktion der Leipziger „Freiheit“, oder die Auffassung Blochs (sonst würde die Einleitung gebrochen werden mit den Grundlagen und Parteitagbeschlüssen der USPD).

Bloch meint, es sei „mit dem wahren Sinn“ des Leipziger Manifestes durch „den“ „dar“, „mit“ „im“ „in“ „direkte“ „Steuern“ im „Reichstags“ „einzutreten“. Nach man nach weitestgehender Verwirklichung des Willens, wenn der Erlassung der Sachwerte, mit Hilfe von indirekten Steuern das Reichsbudget beizubringen und die weitere Ausgabe des Papiergeldes vermindern könnte, so ist die „einzig richtige Ausführung“ des wahren Sinnes des Leipziger Manifestes. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß im Manifest der deutsche Satz steht: Die USPD „... bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern“. Das dürfte klar genug sein. Dieser Satz ist auch nicht rein zufällig, sondern aus nachvollziehbaren Gründen in das Manifest gekommen. Die Ausführungen Blochs zu der Steuerfrage sind Jähwörter. Bisher hat man in der USPD die Steuerfrage in einem etwas tieferen Sinne behandelt. Man hat sie im Zusammenhang mit der Frage der Sozialisierung gebracht. Es ist kein — auch früher in der „Freiheit“ — darauf hingewiesen worden, daß man auf dem Boden der letzten Wirtschaft in der letzten

Zeit die Steuerfrage überhaupt nicht lösen könne, daß dazu eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne erfolgen müsse. Die Heranziehung der Sachwerte ist ein Schritt auf diesem Wege. Wenn aber die Sachwerte zur Deckung der Reparationskosten der Staatsausgaben herangezogen werden, so kommt es auch sehr darauf an, in welchen Händen die Durchführung liegt, wer den wirklichen Wert der Sachwerte einschätzt, wer die Wirtschaftsbetriebe kontrolliert, wer die Bilanzen der Aktiengesellschaften genau prüft. Sonst kann es leicht dahin kommen, daß auch die Sachwerte nicht den gewünschten Ertrag bringen. Die Art, wie Besitzern mit Riessgaben geschaffen werden, die fast nichts einbringen, kennen wir. Jetzt, wo die Bodenschätze, die großindustriellen Produktionsmittel, der Grund und Boden, die Forsten noch Privatigentum sind, wo selbst die meisten Staatsdomänen in den Händen an Private verpachtet sind, an die neue Belastung der Verbraucher mit indirekten Steuern zu denken, kann nicht als vereinbar mit dem Manifest der USPD hingestellt werden. Dazu kommt, daß indirekte Steuern, wenn sie etwas einbringen, wirklich nicht gerettet sind, die Inflation des Geldes zum Stillstand zu bringen. Sie müssen im Gegenteil zur weiteren Entwertung des Geldes führen; denn sie belasten die Verbraucher, diese müssen höhere Löhne und Gehälter erhalten. Damit steigen auch die Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die Folge ist, daß neues Papiergeld hergestellt wird.

Dann ein Wort zur Koalitionsfrage. Genosse Bloch meint, das Leipziger Manifest verbiete unter Umständen die Beteiligung an einer Regierung nicht, auch wenn sie nicht rein sozialistisch sei. Bloch führt zum Beweise einige Ausführungen Dittmars an. Wäre es nicht richtiger und einfacher gewesen, den in Frage kommenden Satz des Manifestes wiederzugeben? Der lautet nämlich: „Indem die USPD ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, ist von jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien...“

Man sollte meinen, daß das deutlich genug ist, und daß dieser Satz Interpretationsfünfte nicht zuläßt. Wenn sie Genosse Bloch trotzdem unternimmt, so beweist er nur, auf welcher schwachen Füßen seine Argumentationen stehen. Dann der Hinweis, daß „welche Kreise der Partei“ die Auffassung Blochs und der „Freiheit“-Redaktion teilen. Darf man fragen, wo sich diese weiten Parteikreise befinden? Vielleicht gibt man der Partei darüber näher Auskunft.

Dann die Stellung der USPD zur Reichsregierung. Es kann ja manches unterschrieben werden, was Genosse Bloch und die „Freiheit“-Redaktion sagen. Doch das ist die Auffassung der Gesamtpartei, daß man zwischen bürgerlichen Regierungen einen Unterschied machen müsse. Es ist selbstverständlich, daß man von mehreren Uebeln das kleinere wählt. Kein Mitglied unserer Partei mutet einem Vertreter der USPD im Reichstag zu, wie ein Elefant im Porzellanladen herumzuwurschteln. Schäden müssen, soweit es möglich ist, von der Arbeiterklasse ferngehalten werden. Doch eine Regierung, die nur dem Scheine nach das kleinere Uebel ist, die nur freihändlerisch und sozial klingende Worte hat, dafür aber reaktionäre Taten ausführt, muß ohne jede Rücksicht fallen gelassen werden. Man soll auch nicht mit dem Beispiel Bayerns und Ungarns drohen. Wäre eine Hortynregierung in Deutschland möglich, so hätten wir sie schon. Deutschland ist aber nicht Ungarn. Hier ist die Arbeiterklasse in der Abwehr immer noch stark genug. Und sie ist auch einig darin, eine Hortyn-Regierung nicht zu dulden. Das wissen die Besitzenden, und sie denken auch zum größten Teil nicht daran, zur Zeit unnötige Kämpfe heraufzubeschwören. Weder sie noch mindestens so gut, wie unter einer Hortynregierung. Wir haben vor allen eine rein proletarische Klassenkampfpolitik zu betreiben. Das ist die beste Einigungspolitik, auch wenn sie nicht gleich große Früchte bringt. Wir müssen festhalten an unseren Grundlagen, ohne Konzessionen nach rechts und nach links zu machen. Die Haltung der „Freiheit“-Redaktion und des Genossen Bloch kommt den Rechtssozialisten sehr gelegen. Sie wirkt aber noch lange nicht einigend. Damit ist der Sache des Proletariats nicht gedient, wenn die USPD vorzeitig ihr Banner einzieht und sich zu den Rechtssozialisten schlägt. Welche Schichten des sozialistischen Proletariats können das nicht mitmachen. Gewiß, Bloch und die „Freiheit“-Redaktion wollen auch jetzt nicht diesen Anschluss. Ihre Politik ist aber geeignet, den rechtsgerichteten Elementen in der SPD, immer mehr den Rücken zu steifen, und die Einigung, die schließlich doch einmal kommen muß, wird immer weiter hinausgeschoben. Dann stoßen wohl auf Grund dieser Politik doch proletarische Kreise, die sonst zu uns kommen würden, zu den Kommunisten. Die Stärkung ihrer Partei ist ebenfalls ein weiteres Hindernis für die Einigung. Und damit soll die letzte Frage erörtert werden, die Frage der Agitation der „Verantwortlichkeit“. Es wird von Genossen Bloch und der „Freiheit“-Redaktion so hingestellt, als ob die einen reine Agitation, die anderen verantwortungsvolle Politik treiben. Die einen sind sich der Verantwortlichkeit ihres Vorgehens bewußt, sie erwägen genau, sie denken, die anderen aber sind auf die reine Agitation eingestellt. Es fehlt nur noch, daß man die eine Richtung als die Tugend, die andere als die Törligkeit hinstellt. So geht es denn doch nicht. Die einen können genau so den Anspruch erheben, daß sie sich ihrer Verantwortung dem Proletariat gegenüber bewußt sind, wie die anderen.

Es muß aber hier betont werden, daß die USPD im wesentlichen eine Partei der Opposition, der Agitation sein muß. Sie ist als Opposition entstanden; die Zeit ist noch nicht gekommen, wo sie ihre Opposition aufgeben kann. Sie muß in der Opposition verharren zunächst einmal gegen die bürgerlichen Parteien, dann aber auch gegen die Rechtssozialisten und auch gegen die Kommunisten. Und Agitation kann gar nicht genug betrieben werden. Wir haben die bestehenden Zustände zu kritisieren, und wir haben vor allem für die großen Ziele des Sozialismus zu werben. Gerade jetzt! Dements haben wir natürlich alles zu tun, um die Lage des Proletariats zu heben. Und das hat die USPD getan. Wir haben eine revolutionäre Propaganda zu treiben. Wir haben die Ideen des Rätesystems, der Sozialisierung immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Wir dürfen uns nicht einfallen auf den Gedanken, als ob es möglich ist, auf dem Boden der heutigen Wirtschaft eine erträgliche Situation für das Proletariat zu schaffen. Die SPD hat sich dieser Hoffnung hingegeben. Und was

ist das Resultat? Die Zustände sind immer schlechter geworden. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir eine wahrhaft revolutionäre Partei bleiben, denn nicht die Reformpolitik, nicht die Koalitionspolitik, nur eine allgemeine revolutionäre Bewegung kann das Proletariat vorwärts bringen.

Die Grundtendenzen der Politik, die vom Genossen Bloch, von der „Freiheit“-Redaktion empfohlen wird, führt schließlich auf die Bahn des Reformismus. Wir werden, wenn sich ihre Ausübung durchsetzt, eine Reformpartei. Unser Manifest ist nicht von diesem Geiste erfüllt. Unser Manifest ist nicht von diesem Geiste erfüllt. Unser Manifest hofft auf die soziale Revolution, auf den Sieg, weil nur dann der Sozialismus verwirklicht werden kann. Möge die Partei an diesen Grundtendenzen festhalten und möge die Parteigenossen alle reformistischen Bestrebungen glatt ablehnen.

## Gegen die Technische Nothilfe

In der Reichstagsitzung vom 7. April wandte sich Genosse Robert Dikmann in einer Debattenrede gegen die rechtssozialistische Unterfütterung der Technischen Nothilfe und präziserte dabei scharf den abtönenden Standpunkt der USPD und der Gewerkschaften. Er führte aus:

Die Tatsache, daß die Technische Nothilfe die Lebensader der Gewerkschaften und den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats treffen soll, zwingt mich, selbst in vorgeschrittener Stunde hier kurz das Wort zu nehmen. Wenn der Herr Kollege Streiter von der Deutschen Volkspartei sich für die Technische Nothilfe ins Zeug wirft, wundere ich mich das nicht. Das halten wir für selbstverständlich (Zuruf von der USPD: Auch die SPD.) — Bitte, ich komme darauf zu sprechen! — Wenn die bürgerlichen Parteien, die an sich und bei allen Fragen eingestellt sind im Kampf gegen das arbeitende Volk, die Technische Nothilfe befrworten, um die Arbeiter und ihren wirtschaftlichen Kampf ums Dasein zu treffen, ist das eine Selbstverständlichkeit. Damit haben wir uns abgefunden, denn sie sind unsere Klassengegner. Wenn aber ungekehrt zu unsern tiefsten Bedauern (hörl! hört der USPD.) — ja zu unsern tiefsten Bedauern — von dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei hier heute die Erklärung abgegeben worden ist, daß sie zwar im vorigen Jahre noch gegen die Mittel für die Technische Nothilfe gestimmt haben, daß sie aber in diesem Jahre dazu übergehen werden, die 30 Millionen für die Technische Nothilfe zu bewilligen, und lediglich davon Abstand nehmen möchten, die 3 Millionen im außerordentlichen Etat auch zu bewilligen, so muß uns diese Erklärung im Interesse der Arbeiter schmerzlich berühren (sehr richtig bei den USPD.) und diese Erklärung abgeben, sollten sich darüber klar sein, daß diese ihre Stellung sich an denen, die ihnen das Mandat gegeben haben, bitter rächen wird. (Sehr richtig bei den USPD.) Das ist schlimm. Es muß nicht die Dinge beschönigen zu wollen, weder wenn es der Herr Minister Köster macht noch einer seiner Parteigenossen.

Man sagt uns, Auswächse sollen getroffen werden, und stellt in den Vordergrund wilde Streiks und Putzche. Ja, ist denn den Herren von der Sozialdemokratischen Partei aus den letzten Jahren nicht zur Genüge bekannt, daß dieser Grund nur vorgeschoben wird, um damit gleichzeitig auch den wirtschaftlichen Kampf zu treffen, der von den Gewerkschaften selbst getragen wird? Und nicht nur das. In der Sozialdemokratischen Fraktion hier im Hause sitzen genügend Kollegen, denen bekannt ist, daß die freien Gewerkschaften Deutschlands und auch der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bis zur Stunde es einmütig abgelehnt haben, der Technischen Nothilfe zuzustimmen. (Hört, hört! bei den USPD.)

Und mit dieser Ihrer (zu den Soz.) Stellungnahme von heute setzen Sie sich in striktem Widerspruch mit Ihren eigenen Gewerkschaftskameraden. (Sehr richtig! bei den USPD.)

Das ist traurig. Aber feststellen wollen wir, daß die freien Gewerkschaften es ablehnen müssen, der Technischen Nothilfe als einer notwendigen Einrichtung irgendwie zuzustimmen. Wir lehnen sie ab, und das, was Sie als angebliche Auswächse beklagen, zu regeln, ist Sache der Gewerkschaften selbst. Ich habe das im Zurf vorhin schon festgestellt.

Nun wird hier auf die Notzustände in einzelnen Fällen hingewiesen. Es wird gesagt, daß der erwachsene Schaden in erster Linie die Arbeiter treffe. Das habe ich in diesem Hause und selber auch von sozialdemokratischer Seite wiederholt gehört. Ist Ihnen denn nicht seit Jahrzehnten bekannt, daß jeder Streik und jeder wirtschaftliche Kampf seine Härten hat? Diejenigen, die in erster Linie von den Härten betroffen werden, sind stets die Beschäftigten. Das ist in jedem Kampfe so.

Das die Frage der gemeinnützigen Betriebe angeht, frage ich Sie: ja, wieweit wollen Sie diesen Begriff denn ausdehnen. Letzten Endes sind alle Betriebe gemeinnützig und gemeinnützlich. Wenn man sich auf dieses Gebiet begibt, gibt es keine Grenze mehr.

Der Begriff der Nothandarbeiten kann hier im Parlament nicht umgrenzt werden. Er muß von Fall zu Fall von den Gewerkschaften selbst geprüft und festgestellt werden. Das geschieht von unserer Seite. Es ist aber unmöglich, so weit zu gehen, bei jedem Streik, sei es bei der Kommune, sei es beim Staat oder bei wichtigen Industrien, einfach sich auf die Gemeinnützigkeit zu berufen und die Einziehung der Technischen Nothilfe damit zu rechtfertigen. Mit Recht hat mein Vorredner, Herr Kollege Dr. Moses, bereits zum Ausdruck gebracht, daß man mit den hier angeführten Gesundheitsabwägungen in den Krankenhäusern, wobei die einzelnen Fälle noch nachzuweisen wären, einmal in Vergleich stellen sollte das große soziale Drama, in dem wir uns seit Jahr und Tag befinden. Holten Sie auch sich das große Drama des Krieges und ebenso die Jahre nach dem Kriege. Sie stellen hier einzelne Fälle aus dem Berliner Gemeindearbeiterkreis in den Vordergrund. Sie reden aber kein Wort darüber, daß jährlich Hunderttausende lediglich deshalb verelenden und an Unterernährung zugrundegehen, weil eine verkehrte Wirt-

Schafts- und Sozialpolitik betrieblen wird, (Sehr wahr! bei den U.S.)

Herr Minister Dr. Köster wies auf einen Zwischenruf vorhin darauf hin, daß darüber ein andermal geredet werden könnte. Aber wenn dieses andere Kapitel auf der Tagesordnung steht, verfolgt man. Ich frage die Reichsregierung, wie sie sich zu dem Ernährungsproblem stellt. Bisher haben wir auf diesem Gebiete nichts anderes erfahren, als einen fortgesetzten Abbau der Zwangswirtschaft, und wofür das geführt hat, das brauche ich wohl Ihnen nicht des Näheren auseinanderzusetzen.

Ein anderes. Sie wehklagen über den Streik der Arbeiter. Wo hat man ein Wort von regierenden Stellen gehört, wenn es sich darum handelte, den von seiten der Agrarier ausgehenden Vieferstreik zu inszenieren, sei es bei Milch, bei Kartoffeln, oder beim Getreide? Wenn die Preise nicht auf den tollsten Wasserpreis hochgeschraubt werden können, schreckt das Agrarierturn keinen Augenblick davor zurück, einfach zum Vieferstreik zu schreiten, unbekümmert darum, ob Hunderttausende daran zugrundegehen. Wissen Sie nicht, daß wir im Laufe der letzten Jahre eine ganze Reihe von Vellieferungsstreiks gegen Großstädte zu verzeichnen hatten, wodurch Hunderte von Säuglingen wegen Mangel an Milch gestorben sind? (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Wo hat da die Regierung in solchen Fällen eingegriffen und die Technische Nothilfe zu Hilfe gerufen? Man könnte den Faden weiterspinnen, doch will ich mich mit den paar Hinweisen begnügen. Die Spuren schrecken, und ich sage, Herr Minister Köster, die Geister, die Sie riefen, die werden Sie nicht los. Sie sollten aus Ihrer Vergangenheit so viel Erkenntnis geschöpft haben, daß, wenn die bürgerlichen Parteien Ihnen mit Jubel zustimmen, bei der Durchführung und Fortsetzung der Technischen Nothilfe, sich das nicht richtet gegen einzelne Fälle, die Sie heute hier zur Begründung anführten, sondern daß sich das letzte Ende richtet gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter schlechthin. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Und das ist es, was uns veranlassen muß, diesen Dingen unter allen Umständen zu begegnen und zu sagen: nein, das kann und darf es unter keinen Umständen geben . . .

Wenn Herr Streiter schließlich zur Begründung der Technischen Nothilfe auf das Ausland hingewiesen und erklärt hat, daß die deutsche Technische Nothilfe auch in anderen Ländern bereits Nachahmung gefunden hat, so wundert uns das nicht. Der Kapitalismus und seine Träger sind sich in allen Ländern gleich, ob sie sich in der deutschen, der französischen oder der englischen Regierung befinden. Haben und drängen holen sie auch zum Kampf gegen das Proletariat. Das ist uns seit Jahrzehnten bekannt, und Sie brauchen es nicht noch einmal besonders zu unterstreichen. Das kann für die Arbeiterklasse nur ein Ansporn sein, die nationalen wie die internationalen proletarischen Kräfte zusammenzuschließen.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Herr Streiter glaubte im besonderen, mit Wohlbehagen die Schlichtungsordnung anknüpfen zu können. Er sagte, bei Beratung der Schlichtungsordnung werde die Technische Nothilfe erneut Besondlung finden. Sicher! Wir glauben, daß er ein großes Vergnügen daran hat, daß der Entwurf der Schlichtungsordnung das hohe Haus nun bald beschäftigen wird. Er erwartet mit Freuden den neuesten Ver-

such, die freien Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung schlechthin im wirtschaftlichen Kampfe zu frangulieren. Lassen Sie mich aber mit dem gleichen Ernst, mit dem Sie die Vorlage der Schlichtungsordnung bereits begrüßt haben, Ihnen sagen: Wenn Sie die deutsche Arbeiterklasse ausgerufen werden müßte, um ihre Lebensrechte zu wahren, dann ist es heute am Plage! Und wenn Herr Streiter die kommende Schlichtungsordnung begrüßt hat, so lagen wir nicht nur dem Hause, sondern der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich auf einen entscheidenden Wegengang rüsten muß. Glauben Sie nicht, daß die Schlichtungsordnung von Ihnen so leicht hin unter Dach und Fach gebracht werden kann, wie es Ihnen leider in den letzten Jahren mit so manchen Dingen gelungen ist! (Zuruf von der Bayer. Sp.: Lassen Sie uns doch erst darüber verhandeln!) Gewiß wird darüber verhandelt! Aber die Vorlage selbst zeigt, wohin die Reise in Deutschland geht. Und daß die Vorlage, die die deutsche Arbeiterklasse frangulieren soll, von einer Regierung unterbreitet wird, in der Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei sitzen, das spricht allein Bände. Diese Tatsache soll und muß das deutsche Proletariat daran mahnen, daß es sich zu geschlossenem Kampfe zusammenzufinden hat.

Wollen Sie den ernsthaften Versuch unternehmen — ich zweifle nicht daran, durch die Schlichtungsordnung dem deutschen Proletariat die Fesseln anzulegen, die Sie ihm längst wünschen, um es in der freien Ausübung des Koalitionsrechtes zu hindern, dann rufen wir der deutschen Arbeiterklasse zu: Wehrt Euch! Ich hoffe, daß in diesen entscheidenden Kampftagen die deutsche Arbeiterklasse vom ersten Sozialisten bis zum letzten Kommunisten geschlossen und einig steht, um diese Knebelung abzuwehren. Dann heißt es: Auge um Auge, Zahn um Zahn! (Lebhaftes Bravo! links.)

### Die Sozialisierung der Forstwirtschaft

Der Reichsforstwirtschaftsrat hat eine Schrift über den Stand und die Aufgaben der Forstwirtschaft im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft herausgegeben. Es wird darin auch zur Frage der Sozialisierung der Forsten Stellung genommen. Natürlich wird die Sozialisierung abgelehnt, obwohl sie gerade im Interesse der Verbraucher, der Länder, des Waldschutzes und der rationellen Bewirtschaftung der Forsten unbedingt notwendig ist. Die Waldbesitzer erzielen Millionengewinne, und die Verbraucher werden ausgebeutet. Die Sozialisierung wird abgelehnt mit den sadencheinigsten Gründen. Einmal muß man zugeben, daß der Zustand der Privatwaldungen größtenteils unbefriedigend ist, während die Staatsforsten besser bewirtschaftet würden. Das allein müßte schon für die Sozialisierung sprechen. Aber man legt dar, daß ein Beamten-Organismus von der Gliederung und Einordnung in das Staatsganze, wie ihn die Staatsforstverwaltung darstelle, auch bei höchstem Pflichtgefühl der einzelnen Beamten denjenigen Schwung zur Vorwärtsbewegung, zu technischen und organisatorischen Neuerungen, wie ihn die Forstwirtschaft heute so dringend benötigt, nicht aufbringen würde. Dagegen könnten sich Kräfte und Fortschritte gerade aus der freieren Luft des Privatwaldes entwickeln. In dieser Beziehung seien heutzutage die Ausichten und Be-

dingungen vor allem beim Großwaldbesitz wesentlich günstiger geworden. Die Entwicklung müßte gefördert werden. Sie abzubrechen müßte als ein Unglück für die Forstwirtschaft betrachtet werden.

Obwohl die Tatsachen dagegen sprechen, setzt man doch seine Hoffnungen auf die viel gerühmte private Initiative. Die Sozialisierung wird abgelehnt mit Gründen, die rein privatkapitalistischer Natur sind. Den Besitzern der Forsten soll jetzt das glänzende Geschäft nicht verdorben werden. Daher schwärmt man für die — „freiere Luft des Privatwaldes“. Die Sozialisierung wäre allein ein Unglück für das Portemonnaie der Waldbesitzer.

Schwindel. Die Nationalisten sehnen wieder mal einen kommunistischen Putz herbei. Und da die Kommunisten selbst ihnen den Gefallen nicht tun, suchen süddeutsche Blätter einen solchen Putz zusammenzukombinieren. Am 1. Mai soll es losgehen, und zwar zuerst in Süddeutschland und das übrige Deutschland soll dann einfallen. Geheime Militärinstruktionen und dergleichen sind angeblich schon erteilt. Die ganze Geschichte ist Schwindel, und der Wunsch der Vater des Gedankens.

### Ein Gedicht des Schweizer Parteijubilars

Geh deine Bahn!

Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen . . .  
Die Bahn ist lang — die Leute schwätzen viel . . .  
Mag Unverstand von Ort zu Ort dich hegen —  
Geh deine Bahn! Denk an dein hohes Ziel!  
Mag mancher Hieb dich hart und schwer verletzen,  
Der schonungslos in deine Seele fiel —  
Wirf ab von dir, was deine Seel' unwittert!  
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn, ob sich mit tausend Krallen  
Der blinde Haß an deine Fersen hängt . . .  
Ob auch Verleumdung dich, gestolzt von allen,  
Bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt —  
Geh deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen,  
Ob's deine Seele auch zusammenzwängt.  
Kopf in die Höhe! Mit keinem Glied gezittert!  
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert!

Geh deine Bahn! Laß die Philister schwätzen,  
Das dies nicht möglich, das nicht tunlich sei,  
Laß sie getrost sich hintern Ofen setzen  
Mit ihrer blöden Rannegieherei.  
Geh deine Bahn und folge den Gezeiten,  
In deren Sieg die Welt wird schön und frei.  
Vor deren Macht das Sklavenjoch zerpfittert —  
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn! Sie muß zum Siege führen,  
Schon weicht die Nacht, der Himmel färbt sich rot.  
Schon hört man morgenfrisch die Trommel läuten  
Der unterdrückten Massen Aufgebot.  
Schön dröhnen Schläge an der Zukunft Türen —  
Das Sturmgewühl des Volkes um sein Brot.  
Das Schloß springt bald, ob's noch so stark vergittert!  
Geh deine Bahn! Aufrecht und unerschüttert!

Hermann Grenlich.

\* Der Verfasser des Gedichts „Geh deine Bahn!“, Gen. Herm. Grenlich, wurde dieser Tage 80 Jahre alt.




# Mk. 975:

**Das wollene Trikotkleid**  
(wie Zeichnung)  
aus feinstem reinwollenen Kammgarntrikot — in vielen modernen Farben — sehr elegante Form mit reicher gediegener Reliefstickerei (Handarbeit)  
**M. 975,-**

**Das kunstseidene Trikotkleid**  
(wie Zeichnung)  
aus wundervollem fließenden Material — in leuchtenden und dunklen Farben — vornehme Machart — mit dem modernen weiten Ärmel, — Rock mit seilicher aparter Zipfelgarnitur  
**M. 975,-**

**Das wollene Gabardinkleid**  
aus feinem reinwollenen Kammgarngabardin — helle und dunkle Farben — in 3 verschiedenen Formen — mit der neuen tiefstehenden Taille — und reicher Stickerei  
**M. 975,-**

Abgabe nur je 1 Stück  
Änderung und Zusendung ausgeschlossen

**MAASSEN**  
Oranienstr. 165  
(Am Oranienplatz)

**MAASSEN**  
Leipziger Str. 42  
(Ecke Markarofenstr.)

Ostereier

Um den ersten Frühlingsvollmond pflegen die Hühner recht wunter und fleißig zu legen und daher pflegten auch die Produkte ihrer nachdrücklich betriebenen Tätigkeit in dieser Zeit besonders billig zu sein. Es war deshalb ebenso billig, die hübsch geformten weichen unschuldigen Dinger, Eier genannt, in den Festkreis mit einzubeziehen und zu Freuden-, Genuß- und Geschenkzwecken zu verwenden.

Freilich, so einfach und natürlich gibt es der Mensch nicht, wenn er einmal zu schlichter Natur greift. Er hängt ein Mäntelchen darum und bemäntelt damit die ursprüngliche Natürlichkeit eines glücklichen Gedankens. Kindern gegenüber geht es schon gar nicht, nur natürlich zu sein. Man muß ihnen all das Wunderliche und Wunderbare einimpfen, denn wie sollten sie sonst vor einem frühen Eindringen in die Geheimnisse der Natur bewahrt bleiben und sich die Selbstverständlichkeit des Wunderglaubens, Mägdlein jedes braven Staatsbürgers, erhalten?

Man ließ also die Eier von einem eigens zum Osterhasen beauftragten Hasen legen, obwohl der biedere Lampe noch niemals in seinen dementsprechenden Leistungen irgendwelche greifbare Anhaltspunkte solcher märchenhafter Geschicklichkeit und Tüchtigkeit gegeben hätte.

Aber leistet der Storch geradezu Entscheidendes für das menschliche Dasein, warum sollte nicht ein harmloses Häkchen wenigstens Eier legen können?

Der Osterhase ward Vater der Ostereier und Erzeuger und Mittelpunkt einer ganzen Industrie. Das Märchen trug die Natürlichkeit auf, wie das dankbare Kind seinen lieben Osterhasen den Kopf abbeißt. Das Naturfest und seine kindliche Freudehaftigkeit, die im Auffinden verpackter, buntgefärbter Eier hellsten Sonnenschein der Kinderfreude aufleuchten ließ, genähren einer fortgeschrittenen, von „Kultur“ und „Geschmack“ (das Wort Poesie selbst in Sanktjohannis anzuführen, sträubt sich die Feder) wie ein Schwamm im Eßigsaß gesättigten Zeit nicht mehr.

Und da stehen nun all die „Ostereier“ einer begabten, erfinderschen und mit Hochdruck arbeitenden Industrie und machen in ihrer verschwenderischen Hülle niemand Freude außer den ganz, ganz wenigen, die sie für ihre Kinder (oder Damen) erhalten können.

Aber die Kinder des Volks schleichen vorbei und haben Tränen in den Augen, denn sie wissen, daß all die Wunderwerke aus Schokolade, Zucker, Marzipan, verziert mit Seide und Silber nur — wie alles andere in kapitalistischen Auslagen — dazu da sind, um von armut- und trübsaldüsteren Augen angestarrt und verschlungen zu werden.

Und die Erwachsenen haben noch weniger Freude daran, wenn sie auch nicht gerade weinen. Sie denken der Farbenden, Obdachlosen und all der himmelhochstreichenden Verelendung, die für weite Kreise des Volkes noch nicht einmal das Notwendigste zur Ernährung geschweige denn zum Genuß übrig hat.

Gewiß, vom Dugus der Erfindung des Osterhasen bis zu dem der Ostereier — und Hasenprogenindustrie war nur ein einziger Schritt.

Aber mußte es denn sein? Muß es heute, darf es heute sein? Man hat hier hierzulande gar kein Verständnis dafür, daß Ausländer unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so beurteilen, wie sie dieselben anschaulich dargestellt bekommen. Und nach diesem beschwerendsten Osterzauber muß es recht gut um Deutschland bestellt sein.

Aber danach fragen die Ostereierfabrikanten nicht. Geschäft ist Geschäft. Ganz gleich, ob es Weihnachten oder Ostern genannt wird.

Für das Volk bleibe ja immer noch die Erholung der Festtagsruhe. Damit kann es seinen hungerigen Magen zum Schlafen und Träumen von Ostereiern bringen.

Der neue Stadthaushalt

Ueber eine Milliarde Defizit.

Der Berliner Stadthaushalt für das Jahr 1922 ist im Entwurf fertig gestellt und war am Dierstonabend Gegenstand einer gemeinsamen Beratung zwischen dem Magistrat und den Bezirksbürgermeistern. Trotz der an vielen Stellen festgestellten Ersparnisse schließt der Stadtwurf mit einem Defizitbeitrag von über einer Milliarde Mark ab.

Wir bezweifeln, daß die Bestrebungen, den städtischen Werken eine freiere Organisationsform zu geben, solche Fehl-

beträge künftig unmöglich machen werden. Der Deputationsbeschluss, der die Einführung der kaufmännischen Buchführung in sämtlichen städtischen Betrieben vorseht, ist an sich sicher zu begrüßen. Die Erhöhung der Rentabilität städtischer Betriebe darf jedoch keinesfalls nur durch die Verteuerung der Lebenshaltung der Einwohnerschaft erfolgen.

Ueber den Etat selbst wird noch zu reden sein, wenn er in endgültiger Fassung vorliegt. Das gewaltige Defizit von einer Milliarde beweist aber, daß es unmöglich ist, die ungeheuren Lasten, die ein solches Gemeinwesen wie Berlin tragen muß, in der Hauptsache nur durch Steuern aufzubringen. Nicht nur die Einzelstaaten, sondern auch die Gemeinwesen sind bekanntlich, seitdem das Reich die Steuer- und Finanzhoheit ausübt, zu Knechtengarn des Reiches geworden. Die leider unausbleiblichen Fehlbeträge können nur durch erhöhte Ueberweisungen des Reiches aus den Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuern an die Gemeinden gedeckt werden.

Die Schuld an dieser geradezu katastrophalen Entwicklung unserer städtischen Finanzverhältnisse tragen — darauf muß in diesem Zusammenhang immer wieder hingewiesen werden — in erster Linie jene Kreise, die den Krieg entfesselten und die ihn bis zur völligen Erschöpfung, bis zum vollkommenen Ruin weiterführten. Es wird unsere Aufgabe sein, dem Einfluß jener Herrschaften, der sich jetzt im Roten Hause wieder merklich fühlbar macht, wirksam entgegenzutreten.

Schulstreik

Freibereien der Christlich-Unpolitischen.

Durch die bürgerliche Presse ging vor wenigen Tagen die Nachricht von einem Schulstreik der christlichen Eltern der 37. Gemeindeschule in Neukölln gegen die Maßnahmen der Schulbehörde. Tatsächlich liegt ein derartiger Beschluss der Elternversammlung der 37. Gemeindeschule unter Führung des „unpolitisch-christlichen“ Elternrats vor.

Diesem Beschluss liegen folgende Vorgänge zugrunde: Vor etwa einem halben Jahr beschloß die Schuldeputation und Bezirksamt von Neukölln die Verlegung der 5. Gemeindeschule (Schule ohne Religionsunterricht) aus dem Gebäude Kneisebedstraße nach dem Gebäude Mariendorfer Weg und umgekehrt die Verlegung der 37. Gemeindeschule vom Mariendorfer Weg nach der Kneisebedstraße. Die Gründe hierfür waren schultechnischer Art, vor allem war durch diese Verlegung eine vollständige und zweckdienlichere Ausnutzung der Schulräume möglich. Dieser Grund muß in Neukölln mit seinem großen Mangel an Schulräumen sehr ins Gewicht fallen. — Einen Tag nachdem die Verlegung durch die Schulverwaltung verfügt worden war, am nächsten Morgen, kam bereits eine Verfügung des Ministers — so schnell und gründlich wirkt der politische Einfluß der „Unpolitisch-Christlichen“, — die die Verlegung vorläufig unterjagte. Darauf fanden Besprechungen im Ministerium statt, ein Oberlehrer der Regierung in Potsdam untersuchte an einem ganzen Vormittag an Ort und Stelle die ganze Angelegenheit, und das schließliche Ergebnis war, daß der Minister seinen Einspruch zurückzog und dadurch die ursprüngliche Verfügung zu Recht bestand. Selbst der völksparteiliche Minister Voelckh mußte also die Maßnahmen der sozialistischen Schulverwaltung gegen seine eigenen Partei- und Genußfreunde gutheißen. Doch die „Christlich-Unpolitischen“ mußten eben nicht solche politischen Reaktionen und von solch unchristlicher Gesinnung sein, wenn sie sich nunmehr mit diesem Bescheide begnügen würden. Eine fürchterliche Verheerung der Eltern setzte ein, und daher dieser Streikbeschluss, der sich im Grunde genommen auch gegen den Minister Voelckh wendet. Leider hat die Verheerung sich nicht nur auf die Eltern beschränkt, sondern ihre schlimmsten Früchte auch an einigen Kindern gezeitigt. Nachdem der Umzug beider Schulen gut von staten gegangen war, haben einige Jungen in mehreren Klassenräumen Tintenflasken zerbrochen, die gefüllten Tintenflasker auf dem Boden oder an der Wand zertrümmert und dadurch nicht unerheblichen Schaden angerichtet. Wir hoffen, daß vor allem die Verführer in vollem Maße zur Verantwortung herangezogen werden.

Es wird höchste Zeit, daß die sozialistischen Elternbeiräte dem unverantwortlichen Treiben der sich „christlich-unpolitisch“ nennenden Elternbeiräte entgegenzutreten. Dieser Neuköllner Fall wird den Arbeiterkreisen die Augen öffnen über

den wahren Charakter der „Unpolitisch-Christlichen“, und sie werden geschlossen bei den nächsten Elternbeiratswahlen nur sozialistische Elternbeiräte wählen.

Schulhege gegen den Achtfundentag!

Der Kampf gegen den Achtfundentag greift bereits in die Schule über. Bei der Schulfest im Dorotheenstädtischen Realgymnasium konnte der frühere schon in unseren Spalten gekennzeichnete Direktor Mahdorst dem in den Ruhestand tretenden Schulleiter zwar nicht das „Allgemeine Ehrenzeichen“ oder den „Hohenjollerischen Hausorden“ überreichen, wie sie früher den Unterbeamten und Hauptträgern aller praktischen Arbeit — für ihre Verdienste um Thron und Altar zuerkannt wurden. Dafür aber entschädigte ihn der genannte Schulmonarch durch einen um so kräftigeren Ausfall gegen eine der ersten und wichtigsten Errungenschaften der Republik, in dem er vor versammelter Schulfestgesellschaft: „Sie sind einer von den alten preussischen Beamten, für die das herabgesetzte Wort von dem achtstündigen Arbeitstag noch keine Geltung hatte!“

Wer trägt also Parteipolitik in die Schule hinein und hebt die Jugend gegen die Arbeiterschaft auf? — Es sind die reaktionären Schulleiter, deren Weizen unter Herrn Voelckh jetzt äppig blüht!

Die Tarifbewegung der städtischen Arbeiter

Der neue Schiedsspruch.

Am Karfreitag vormittag wurde im Arbeitsministerium in Sachen der städtischen Arbeiter der Schiedsspruch gefällt. Wie wir erfahren, bringt er u. a. den städtischen männlichen Arbeitern, die über ein Jahr im Dienst sind und über 24 Jahre alt sind, folgende Erhöhungen: ungelernete Arbeiter 3,66 Mark, angelernte Arbeiter 3,94 Mark, Handwerker 3,11 Mark pro Stunde. Diese Sätze gelten für April. Für den Monat Mai sind sie um 50 Pf. pro Stunde erhöht worden. Nach uns vorliegenden weiteren Meldungen sollen die Wirtschaftsbereitschaften in der alten Höhe bestehen bleiben. Die Regelung der Urlaubsfrage würde, wenn unsere Informationen zutreffen, eine Verschlechterung für die städtischen Arbeiter bedeuten. Danach wird ihnen nach mindestens sechsmonatlicher Beschäftigung ein Urlaub, der in Kalendertagen ein Drittel des in dem Rechnungsjahre vollendeten Lebensalters des Betreffenden ausmacht, zuzüglich zweier weiterer Urlaubstage für jedes Dienstjahr bis zur Höchstzahl von fünf Dienstjahren, zufließen. Ein dreißigjähriger Arbeiter mit zweijähriger Dienstzeit würde also 14 Tage Urlaub erhalten. Die Einzelheiten des Schiedsspruches können wir erst nach Einsicht wiedergeben.

Wie man uns aus Kreisen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitteilt, wird sich am Mittwoch vormittag die Tarifkommission mit dem Schiedsspruch beschäftigen. Voraussichtlich wird am Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, eine Funktionärkonferenz der städtischen Arbeiter in der Buchdruckerei, Fiedrichstraße, dazu Stellung nehmen.

Lokalkampf in Berlin-Buckow

Mit sonderbaren Dilemmen scheint es die organisierte Arbeiterchaft in Buckow bei Bries zu tun zu haben. Die Saalbesitzer weigern sich dort bereits seit dem letzten Stadtverordnetenwahlkampf, ihre Säle für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Statt diesen Herren für ihr „arbeiterfreundliches“ Gebahren durch Reden ihrer Lokale die verdiente Danksagung zu geben, gibt es leider noch viele Arbeiter, die sich in der wirtschaftlichen Dohr solcher offenkundigen Feinde ihrer Sache wohlfühlen.

Diese Tatsache hat offenbar die Betrüger der Lokale Schulz und Löwele noch dreister gemacht. Sie gehen aufs Ganze. Wie uns mitgeteilt wird, sind sie bereit, ihre „geschätzten“ Räumlichkeiten der organisierten Arbeiterchaft für parteipolitische Veranstaltungen zu öffnen, wenn — die beiden Vorsitzenden der politischen Organisationen (es handelt sich um unseren Genossen Radnitsch und den Leiter der SPD.) sich vom politischen Leben zurückziehen.

Also geschehen vor den Toren Berlins im Jahre des Heils 1922, dreihundeinhalb Jahre nach der Novemberrevolution. Wir zweifeln nicht daran, daß die öffentliche Bekanntgabe dieses eigenartigen Verhaltens dieser beiden Saalbesitzer den Buckower Arbeitern die Augen öffnen wird. Die Arbeiterchaft hat jedenfalls keine Ursache, den Uebermut solcher Herrschaften durch Besuch ihrer Lokalitäten noch zu stärken.



Wolffsohl

GEGR. 1815 \* BERLIN C \* KÖNIGSTR. \* SPANDAUERSTR.

Damenkleidung

- Bluse a. vorzgl. weiß. Voll-Voile m. feinen Säumchen u. Hohl. 275.-
Kleid aus bedruckt. Baumwoll-Musselin in verschied. Farben 550.-
Kleid aus bedruckt. Voll-Voile 775.-
Kleid aus Velours de laine in vielen Farben, mit Stickerei 1050.-
Gummi-Mantel in verschiedenen Farben... 975.-

Kinderkleidung

- Mädchenkleid marine-weiß gestopfter Waschstoff, Lg. 60cm Je 5 cm länger M. 15.- mehr 145.-
Mädchenkleid weiß-marine gestreifter Kadettstoff, Lg. 60cm Je 5 cm länger M. 25.- mehr 320.-
Jumper aus gestreitem Waschstoff, Gr. 38, 40, 42... 115.-
Backfisch-Rock grau mit farbigen Streifen, Lg. 75, 80, 85 cm... 390.-

Kleiderstoffe

- Wollmusselin in dunklen Mustern, ca. 80 cm... Mtr. 98.-
Reinwoll. Blusenstoffe weißer Grund mit römischen Streifen... Mtr. 95.-
Covertcoat für Kostüme und Mäntel, vorz. Qual., 130cm, Mtr. 375.-
Zephir für Blusen und Herren-Hemden... Mtr. 46.-
Bedruckt Foulardine Muster im Seidengezeckmack... Mtr. 46.-
Frotté in modernen Streifen, doppelt breit... Mtr. 140.-

Seidenstoffe

- Mantelseide imprägniert, schottisch kariert, 90 cm, Mtr. 254.-
Bastseide farb., ca. 80 cm, Mtr. 258.-
Taft einfarb. u. changeant, Mtr. 328.-
Chinakrepp in vielen Farben... Mtr. 378.-
Foulard in den neuesten Mustern, ca. 90 cm... Mtr. 398.-

Frottier-Wäsche

- Frottier-Handtuch weiß Kräuselstoff, 50x100 cm... 49.75
Frottier-Laken weiß Kräuselstoff, 125x160 cm... 172.50
Bademäntel für Herren, hellgemustertes Frottierstoff... 525.-
Geisha-Form für Damen, weiß Frottierstoff mit farb. Besatz 690.-
Kimono-Form für Damen, gemustertes Frottierstoff... 970.-

Wirkwaren

- Damen-Hemd hose Baumwolle, feingestrickt... 75.-
Damen-Schlupfbeckkleider Baumwolle, farbig, fein... 82.50
Herren-Hemden baumwoll. Trikot, gelblich, Mittelgröße... 113.-
Herren-Beinkleider baumwoll. Trikot, gelblich, Mittelgröße... 94.-

Korsette

- Korsett aus mod. farb. Neasel m. 1 Paar Haltern 59.-
Korsett aus weißem Batist, lange Form... 75.-
Korsett a. weißem Drell mit 4 Haltern... 190.-
Büstenhalter... 22.50

Taschentücher

- Damentücher Weiß Linon, 39 cm... 9.75
Weiß Batist mit farbig. Häkelkante... 11.75
Weiß Batist mit Hoblaum und bestickt. Ecke od. m. Langette und Kantenstickerei 14.75
Herrentücher weiß Linon mit farbigen Kanten, 44 cm... 13.75
Kindertücher mit farbigem Bilderdruck 4.45

Garten- und Balkon-Möbel

- Holzklappmöbel, naturfarbig Armlehnsessel... 90.-
Stuhl 78.- Hocker 27.-
Tisch 55x116.- 60x132.-
Rohrlicgestuhl... 895.-
Weiß lack. Gartenmöbel in großer Auswahl

Cape „Genus“ aus vorzüglichem Tuch, schwarz oder mod. farbig... 2250.-



# Gewerkschaftliches

## Zur gewerkschaftlichen Einheit

Jum internationalen Gewerkschaftskongress.  
Internationale Organisierung der Frauen.

Die Bedeutung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ihr Eintreten in allen politischen Fragen und die Förderung der internationalen Verständigung, die sie unausgesetzt und mit Erfolg betreibt, ist bereits ausführlich in einem Leitartikel von Genossin Tony Sander hervorgehoben worden. Hier interessiert uns besonders die Tagesordnung des Kongresses, der am 20. April in Rom im großen Saale des Theaters Argentina zusammentritt. Die Aufgaben des Kongresses sind ebenso bedeutungsvoll wie umfangreich und weisen 12 Verhandlungsgegenstände auf.

Außer den geschäftlichen und organisatorischen Fragen steht die Tagesordnung ein Referat über den Wiederaufbau Europas vor. Weiter ein Referat des Genossen Edo Fimmen über die Abrüstung und Krieg gegen den Krieg. Der Belgier Mertens wird die Internationale Reaktion, unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtsundentag behandeln. Ferner sind u. a. vier Wahlen vorgesehen, und zwar Wahl der Länder, aus deren Vertreter der Vorstand I.O.B. sich zusammensetzen soll, ferner die Wahl der Mitglieder des Vorstandes, Wahl der Mitglieder des Büros und die Wahl der internationalen Sekretäre.

Bis jetzt liegen fünf Anträge vor, von denen drei vom Vorstand und einer auf Vorschlag des Büros eingebracht wurden. Wichtig für uns ist der Antrag 2, der die Internationale Berufssekretariate zum Inhalt hat. In ihm wird dem Kongress dringend die

### Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit

Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit sowohl vom nationalen wie vom internationalen Standpunkt aus empfohlen. Ebenso wie jede gewerkschaftliche Landeszentrale dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sein muß, muß es auch als selbstverständliches gelten, daß die Berufs- oder Industrieverbände der einzelnen Länder sowohl ihre gewerkschaftliche Landeszentrale, als auch ihrem internationalen Berufssekretariat angehören müssen. Es wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß alle Tatkraft einzusetzen ist, um diese wesentlichen Grundsätze zu verwirklichen.

Mit der Frage der Organisierung der Arbeiterinnen beschäftigt sich der dritte Antrag. Der Internationale Arbeiterinnenbund, der bis vor kurzem in Washington seinen Sitz hatte, stand mit dem I.O.B. in regelmäßigem und freundschaftlichem Verkehr. Auf dem Kongress 1921 in Genf fanden Besprechungen mit den Führerinnen dieser Organisation und dem I.O.B. statt, die zum Ziel hatten, eine enge Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen herbeizuführen. Es wurde die Möglichkeit in Erwägung gezogen, den Internationalen Arbeiterinnenbund so auszubauen, daß er tatsächlich die Arbeiterinnen vertritt. Das Resultat dieser Besprechungen fand darin ihren Ausdruck, daß der Arbeiterinnenbund sich in Genf ein neues Statut gab und sich vollständig auf den Boden des I.O.B. stellte. Mit ihm ist der Arbeiterinnenbund ein Bestandteil des I.O.B. geworden, der nun in seiner Wirksamkeit nach jeder Richtung kräftig unterstützt werden muß. Es soll deshalb beschlossen werden, dem Kongress in Rom den Antrag vorzulegen, daß der I.O.B. dem Internationalen Arbeiterinnenbund für die in seinen angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen organisierten Frauen beiträgt und die Beiträge für diese weiblichen Mitglieder gezahlt.

Die anderen Anträge sind organisatorischer Natur und enthalten Vorschläge zur Anstellung von Hilfssekretären und der Gruppierung der Länder, aus denen die Vorstandsmitglieder zu wählen sind.

In bedeutungsvoller Zeit tritt der diesmalige Internationale Gewerkschaftsbund zusammen und wir wollen hoffen, daß die Tagung nach jeder Richtung hin greifbare Resultate erbringen möge. Wenn ähnlich wie auf politischem, nun auch auf gewerkschaftlichem Gebiete eine internationale Verständigung noch gelingt, dann wird diesem Kongress eine überragende Bedeutung zukommen.

### Kommunistische Gewaltmethoden

Die kommunistische Gewerkschaftszentrale macht, wie wir bereits früher schon ausführlich, gewaltsame Anstrengungen, um einzelne Verbände zu erobern. Insbesondere richteten sich die heftigsten Angriffe gegen den Bauarbeiterverband, worüber wir ebenfalls erst kürzlich Einiges veröffentlichten. Innerhalb des letzteren Verbandes mußte kürzlich die Gruppe der Betonarbeiter aufgelöst werden. Die „Note Fabne“ nimmt dies zum Anlaß, um gegen die „Arbeiterverräter“ in schärfster Weise zu Felde zu ziehen. Das Blatt veröffentlicht in Nr. 175, unter der Überschrift „Bauarbeiter rettet Euren Verband“ (ein Musterbeispiel frivoler Gewerkschaftszerstörung durch die Amsterdamer) eine Notiz, die die tatsächlichen Vorkommnisse entstellend wiedergibt. Wir erhalten vom Bauarbeiter-Verband in dieser Angelegenheit eine längere Zuschrift, die auf die Vorgeschichte des ganzen Konflikts eingeht und fast Punkt um

Punkt die schiefen Darstellungen und bewußten Lügen der „Note Fabne“ zurückweist. Wir halten es für überflüssig, diese ausführliche Zuschrift wiederzugeben, denn die „Note Fabne“ und ihre Befolgsmänner werden sich nicht davon abhalten lassen, ihre alte Methode der Gewerkschaftszerstörung aufzugeben.

Widergeben wollen wir nur zu dem speziellen Fall der Betonarbeiter, daß eine Versammlung, die am 14. März stattfand und die Neuwahl der Sektionsleitung vornehmen sollte, von der kommunistischen Partei einberufen war. Wegen des Verbandsstatuts wurde der Sektionsvorstand gewählt, der selbstverständlich von der Verbandsleitung nicht anerkannt werden konnte. Um aber eine ordnungsgemäße Wahl vorzunehmen, wurde vom Verband eine Sektionsversammlung einberufen, die Kollege Tornow leiten sollte. Die Türkontrolle, die Nichtmitglieder nicht einlassen sollte, wurde mit Gewalt überrannt, gegen Tornow wurde man tödlich, so daß letzten Endes der Vorsitzende gezwungen war, die Betonarbeiter aufzulösen. Es ist auch ganz falsch, wenn die „Note Fabne“ behauptet, die Versammlung hätte einen ruhigen und sachlichen Verlauf genommen. Tatsache ist, daß gleich bei Eröffnung derselben ein großer Tumult einsetzte, in dessen Verlauf man Tornow mit Fußtritten regalierte.

Wenn nun die Frage gestellt wird, wer die Schuld daran trägt, daß die Sektion der Betonbranche aufgelöst werden mußte, so trägt einzig und allein die verbandsschädigende Haltung der K.P.D.-Fraktion und die verheerende Schreibweise der „Note Fabne“ die Verantwortung. Würde letzteres Blatt gerecht sein wollen, so müßte es die Kritik, die es gegen die Amsterdamer legt, auch gegen ihre eigenen Genossen, die in einigen Verbänden und Branchen das Fest in den Händen haben, anlegen. Sie hütet sich aber aus wohlweislichen Gründen. Zum Schluß wird mitgeteilt, daß den Mitgliedern der Betonbranche, soweit sie auf dem Boden der Verbandslösung stehen, Gelegenheit gegeben wird, ihre Mitgliedschaft nach wie vor aufrecht zu erhalten. Es wird sich dann zeigen, wo die Mehrheit der Mitglieder steht.

Wir glauben, die Kommunisten hätten alle Veranlassung, anlässlich des Ausganges der Internationalen Konferenz in Berlin, ihre Politik gegenüber den freien Gewerkschaften etwas anders einzustellen. Denn sie kämen sonst in Gefahr, daß ihre Zustimmungserklärungen nur platonischen Wert besitzen.

### Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland

Am Donnerstag, dem 20. April, beginnt der Genosse Richard Seidel im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin einen Kursus über das Thema „Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“. Am Besonderen wird die jüngere Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der neueren Arbeitsgesetze (Betriebsrätegesetz, Tarifvertragsrecht und Schlichtungswesen) zur Erörterung gelangen. Die acht Vorträge des Kurses beginnen regelmäßig um 7 Uhr abends und enden um 10 Uhr. Das Schullokal ist in der Königsstädtischen Oberrealschule, Pasteurstr. 44/46. Die Hörgelder betragen 12,50 Mark.

### Verflechtungsfaktik des Demobilisierungskommissars

Seit Dezember 1921 bestehen zwischen der Firma Nota, Waggon- und Maschinenbau G. m. b. H. und der Belegschaft Differenzen wegen der Auslegung der seit Datum gefällten Schiedssprüche und des Tarifvertrages der Metallindustrie im Gedinge verfahren. Nach mehreren Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firma, die ergebnislos verließen, beschritt die Belegschaft den Instanzenweg. Nach zwei Terminen vor den Hauptauschuss und der drei Terminen vor dem Schlichtungsausschuss wurde am 9. März d. J. vom Schlichtungsausschuss folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Ansprüche der Belegschaft werden als berechtigt anerkannt.

Beurkundung usw.  
Da die Firma dem Spruch nicht anerkannte, mußte die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisierungskommissar beantragt werden. Dies geschah am 15. März. Seit Datum ist derselbe nun emsig bemüht, seine Entscheidung zu treffen. Bis heute ist aber noch keine Ansicht vorhanden, wann dies geschehen wird. Da der Geldwert von Tag zu Tag sinkt, protestiert die Belegschaft aufs schärfste gegen eine Verflechtung der Entscheidung in materiellen Fragen.

Wenn bedenkt der Demobilisierungskommissar nun endlich durch einen Beschluß den in Frage kommenden Kollegen zu ihrem ihnen ankündenden Lohn zu verhelfen. Wäre die Angelegenheit nicht solange verschleppt worden, dann hätten die Kollegen sich für den ihnen zukünftigen Lohn sicher ein paar Stiefel kaufen können, was heute natürlich nicht mehr möglich ist, da heute das Geld um die Hälfte entwertet ist. Wir erwarten, daß nun endlich der Demobilisierungskommissar seine Entscheidung fällt.

### Differenzen im Friseurgewerbe

Die Arbeiter im Friseurgewerbe sabotieren den Abschluß der Lohnverhandlungen. Am 20. März 1922 hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedsspruch gefällt, der die Lohn von 370 und 400 M. für Herrenfriseur und 415 M. für Damenfriseur festsetzt. In der Verhandlung über die Rechtsverbindlichkeit vor dem Demobilisierungskommissar wurde eine Einigung versucht, die aber an der Starrköpfigkeit der Arbeitgeber scheiterte. Die nicht regelrecht gelernten Friseurinnen wollen die Unternehmer auf alle Fälle aus der Lohnvereinbarung herausnehmen. Nachdem sie diese Arbeiterinnen als Waldmädchen und ähnliche Hilfskräfte angesehen haben und diese, um mehr zu verdienen, sich so weit ausbilden, daß sie als Friseurinnen Stellung nehmen konnten, wollen die Schachmacher ihnen

keine Löhne mehr zahlen. Sie behaupten, daß das gesetzliche Lehrverhältnis dadurch gefährdet sei? Der Beruf leidet an Ueberfüllung von Selbständigen und Arbeitnehmern, aber die Lehrlingszuchterei soll blühen und gedeihen, das ist Säuglingspunkt. Die Argumente der Arbeitgeber: „Die Gehilfen sind alle zufrieden, tragen bessere Kleidung als ihre Arbeitgeber, können Kuchen zum Kaffeessen und sogar noch Zigaretten rauchen, und die von den ihnen „freiwillig“ gezahlten Löhnen von 300 bis 370 M. reichen sehr gut zum Leben, weil der Nebenverdienst den Lohn noch übersteigt“... sind so niedrig, so erfüllt von Mißgunst und Engherzigkeit, daß sich unsere vernünftigen Arbeitgeber ihrer Vertreter schämen müssen. Unverschämte ist die Zustimmung, die Sätze des Schiedsspruches mit Ausnahme der für die nicht regelrecht gelernten Friseurinnen ab 16. April 1922 als „Freiwillige Vereinbarung“ gelten zu lassen unter der Bedingung, daß die Gehilfenschaft bei der bevorstehenden Erhöhung der Bedienungspreise keine Lohnerhöhung fordert! Nachdem also die Verhandlungen acht Wochen lang im Gange sind, wollen die Herrschaften unter schweren Konzeptionen für die Gehilfenschaft „freiwillig“ die durch Schiedsspruch festgelegten Lohnsätze zahlen, um die Arbeit der Arbeitnehmer-Organisationen herabsenken zu können. Sollte der Demobilisierungskommissar in Verkenntung des wahren Sachverhaltes die Rechtsverbindlichkeit nicht erklären, wird die Gehilfenschaft den Arbeitgebern die Antwort nicht schuldig bleiben können.

### „Abschlußgratifikationen“

Amerikanische Szenen in den Berliner Großbanken spielen sich am letzten Arbeitstage vor Ostern ab. In Uebereinstimmung mit dem vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten vertretenen Standpunkt, daß die im Jahre 1921 vereinbarten, unter der irreführenden Bezeichnung „Abschlußgratifikation“ einbehaltenen Einkommensanteile jetzt endlich ausgezahlt werden müßten, verlangte die Angestelltenchaft in großer Anzahl die Auszahlung dieser Bezüge noch vor dem Osterfest. Als der Reichsverband der Bankleitungen generell die Auszahlung den ihnen angeschlossenen Bankbetrieben verbot, bemächtigte sich der Angestelltenchaft eine ungeheure Erregung. Die Direktionskabinette wurden regelrecht belagert, und der Sturm konnte nur dadurch beschworen werden, daß die Bankdirektionen entgegen der Befehle des Reichsverbandes Vorhülle auf die Gratifikation bzw. das Monatsgehalt auszahlen ließen. Aus dem Reiche werden ähnliche Vorkommnisse gemeldet. Es ist bedauerlich, daß der Bankenerverband dem durch den schlechten Schiedsspruch ohnehin mächtig aufgeregten Feuer der Unzufriedenheit der Angestellten unvorsichtigerweise neuen Brennstoff hinzusetzt, wie es im vorliegenden Falle durch das Dr. Rodlerische Verbot der Vorzahlungsbilligung geschehen ist.

Stad- und Gipfaberndung! Durch Verhandlung mit den Arbeitgebern der freien Vereinigung der Inhaber von Bildhauer- und Stadtschäften und dem Verband der Bauarbeiter von Groß-Berlin ist für die Zeit vom 18. bis 20. April folgendes Lohnabkommen getroffen: Bildhauer (Mindestlohn) 24,00 M., Stadtschäfte, Kofschäfte, Rohb- und Zementdrahtpuder, sowie Plattenscher 24,00 M., Kabinenpanner 25,50 M., Fuderträger 23,25 M., Hilfsarbeiter 21,00 M. Die Verzugentilgung ist in den Löhnen mitenthalten. Obgleich im Schiedsspruch vom 13. März die Löhne vom 1. März bis 30. April festgelegt sind, für die obenangeführte Zeit die erhöhten Löhne zu zahlen. Weitere Verhandlungen für das Lohnabkommen vom 1. Mai finden in der nächsten Woche statt. Wir erwarten nun von den Kollegen, daß sie in jeder Hinsicht Disziplin üben und sich an die vereinbarten Löhne halten. Die Sektionsleitung

Gewerkschaftsunterkommission Spandan. Eine wichtige Konferenz findet am Donnerstag, dem 20. April, abends 7 1/2 Uhr, für alle Betriebsratsmitglieder, Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierte und Betriebsobleute im Kasino der Deutschen Werke, Berliner Straße, statt.

Die U.S.P.-Mitglieder obiger Kommissionen verlameln sich in einer wichtigen Besprechung im kleinen Saal des Kasinos bereits 6 1/2 Uhr. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Genossen.

Bergmann-Werke Rosenhof. Am Mittwoch, dem 19. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Saal von Schneider, Rosenhof, Hauptstraße, eine wichtige Versammlung aller auf dem Boden der U.S.P.D. stehenden Kollegen und Kolleginnen statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Undersingtes Erscheinen notwendig.

Ausperrung der Holzarbeiter in der Schweiz. Die angekündigte Ausperrung hat am 3. April begonnen. An manchen Orten hatten es die Unternehmer mit der Schließung der Betriebe noch eiliger. Die Ausperrung ist aber keineswegs so allgemein, wie es die Schachmacher wünschten. In Basel und in einer Reihe anderer Städte wurde nicht ausgesperrt. In der Schweizerischen Holzarbeiter-Vereinigung wird die Zahl der Ausgesperrten auf 1800 geschätzt. Ob damit der Höhepunkt erreicht ist, steht noch nicht fest. Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, die nach erfolgter Ausperrung anabehut wurden, blieben erfolglos.

besonders empfohlen bei



**Togal**

**Sicht,**  
**Rheuma,**  
**Ischias,**

**Grippe,**  
**Hexenschuß,**  
**Nerven Schmerzen.**

Togal löst die Schmerzen und heilt die Ursache aus. In allen Fällen erfl. Best. 64,7, Acid. acet. 10,0%, Chinin, 12,6%, Lithium, ad 100 Anhydram.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Haub, Berlin; für den Inhaltenteil und geschäftliche Mitteilungen Ludw. Kaminer, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Strimbeck, G. m. b. H., Berlin, E. B. 68, Ritterstraße 75.

Soeben erschienen!

# Weltfeiertag

Festzeitung zum 1. Mai  
Preis 2.— Mark

Händlern hoher Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“  
Berlin E. 2 Breite Str. 8—9

## Möbel

solange der Vorrat reicht, noch zu billigen Preisen gegen Bar und Teilzahlung

Wohnungsaltern.  
Wohn-, Schlafzimm.  
Speise-, Herrenzimm.  
In großer Auswahl

Einzelne Möbel  
Farbige Küchen

**Beiser**  
Lothringer Straße 67.

## Privat Zuschneideschule Friedrich Biallas

Berlin W 10, Leipziger Straße 33.

Erstklassige kunstgewerblich. Fachschule für das gesamte Bekleidungs-gewerbe. Gewerbsstoffe fachmännische Ausbildung in der Zuschneidekunst neuerlicher Männer und Frauenkleidung.

Die Vorzüge der Lehrmethode sind:  
Tadellose elegante Schnittformel  
Einfachste Verarbeitungswesen  
Vornehme Liniensführung!  
Leichteste Schnitzaufstellung!  
Präziseste Arbeit!

Beginn neuer Kurse regelmäßig zu Anfang jedes Monats.  
Man fordere Lehrplan und Prospekt!  
Ab 1. Januar 1922 neu herausgegeben

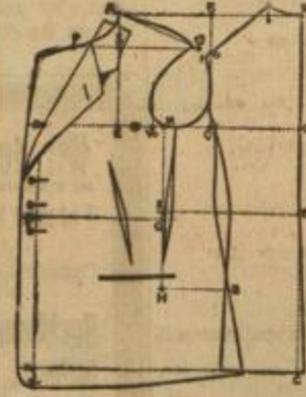
**Bekleidungskunst und Mode**  
Fachzeitung für das gesamte Schneider-gewerbe mit Schnittaufstellung.  
Berzagspreis: M. 10.— das Vierteljahr.

**Zuschneidelehrbücher.**  
Das ganze Wissensgebiet der Zuschneidekunst sowie die gesamte Technik der neuesten Schneiderkunst ist hier in leicht-verständlicher Weise niedergeschrieben.

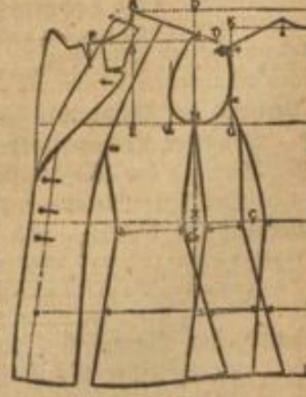
**Lehrbuch für Herrenkleidung**  
einschl. der gesamten Bekleidungs- und einem Anhang der Schnittaufstellung für einseitige, schiele und verwachsene Personen kostet: ..... M. 150.—  
Ohne Bekleidungs- ..... M. 110.—  
Bekleidungs- allein ..... M. 50.—

**Lehrbuch f. Damengarderobe**  
einschließlich Warenkunde, kaufmänn. Wissen, Aesthetik, Farblehre und Trachtenkunde kostet nur .. M. 100.—

**Konstruktions-Winkel**  
zum technischen Schnittzeichnen für Herren- und Damenschneider mit An-leitung zum Selbstunterricht M. 100.—



Herrn-Sakko



Damen-Jacke

